

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Er erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüblistraße 16 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro schlagspaltiger Zeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **545 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Mangel an Material ist nach den Darstellungen rheinischer Blätter jetzt das hervorragendste Merkmal der augenblicklichen Lage der Eisenindustrie. Es fehle an Stohelisen, heißt es, und noch mehr an Halbzeug, auch in fertig gewalzter Ware sei noch immer eine sehr starke Beschäftigung vorhanden. Allerdings wird nebenbei bemerkt, daß der Verkehr augenblicklich etwas geringer geworden ist, da der Bedarf durchweg bis zum Jahreschluss gedeckt sei und zur Lieferung im nächsten Januar zurzeit keine Kaufkraft vorliege. Ebenso werden die Verhältnisse in der amerikanischen Eisenindustrie dargestellt, die Auftragsbestände der Eisen- und Stahlwerke in den Vereinigten Staaten sollen die größten für diese Jahreszeit seit der Hochkonjunktur im Sommer 1907 sein. Diese und ähnliche Meldungen regen die Börse berattig an, daß trotz der Ferien, in denen auch die Spekulationsaktivität nachläßt und die Börsensäle zu veröden pflegen, sich eine ausgedehnte Haussektion zu entfalten vermöge. Von dem Rohisenverband wurde berichtet, daß seine Abnehmer ihren Bedarf bis Ende des Jahres gedeckt hätten, was aber nicht ausschließt, daß Aufkäufe noch immer hereinkämen. Die Nachfrage vom Auslande sei bei noch immer anziehenden Preisen fortgesetzt lebhaft, und zwar gelte dies sowohl für Gießereirohisen als auch für die zur Stahlerzeugung dienenden manganhaltigen Rohisenarten. Als besonderes Kennzeichen wurde vermerkt, daß der Versand im Juni mit 101,5 Prozent der Beteiligung im laufenden Jahre zum erstenmal die volle Beteiligungszahl überschritten habe. Ein weiterer Bericht des Rohisenverbandes konstatiert das Vorhandensein eines Auftragsbestandes von etwa 3 Millionen Tonnen, der den Verbandswerken für lange Zeit den Absatz ihrer vollen Beteiligung sicherstellt.

Gleich günstige Zahlen brachte der Ausweis des Stahlwerksverbandes über den Versand von A-Produkten, der im Juni 1912 zusammen 612 903 Tonnen Rohstahlgewicht gegen 535 726 Tonnen im Mai 1912 und 499 288 Tonnen im Juni 1911 betrug. Die Zunahme des Verbandes entfällt in erster Linie auf Eisenbahnmateriale, ferner auf Halbzeug, doch auch der Versand von Formteilen ist gestiegen. Um der stetig wachsenden Halbzeugknappheit zu begegnen, soll sich der Stahlwerksverband nach einer Meldung der Breslauer Zeitung mit Vorschlägen zur Verringerung der Aufschneidungen in Eisen- und Stahlhalbzeug, sowie mit Vorschlägen auf völlige Aufhebung der Exportkontrollationen befassen.

Begründet werden die angeblichen Pläne auf gänzliche Aufhebung der Ausfuhrvergütungen mit der Gestaltung der internationalen Eisenpreise, die in der Tat in den letzten Tagen wieder erneute Erhöhungen erfahren haben. In ihrem Ueberseher haben einige Industriebücher die Behauptung aufgestellt, daß die Steigerung der Halbzeugpreise und die Knappheit an Halbzeug Sicherungen gegen Preisunterbietungen in den sogenannten B-Produkten, besonders Stabeisen, bilden. Das trifft indes nur auf die „reinen“ Werke zu, die ihr Halbzeug kaufen müssen und bei weiter zunehmenden Halbzeugpreisen natürlich die Preise für weiterverarbeitete Produkte nicht ermäßigen können. Ganz anders aber kann sich unter diesen Umständen die Politik der „gemischten“ Werke gestalten, die gerade infolge der hohen Halbzeugpreise, aus denen ihnen immer größere Gewinne zuströmen, um so eher für weiterverarbeitete Produkte Preisunterbietungen vornehmen können. Die Preisunterbietungen auf dem Stabeisenmarkt, die letzten von gemischten Werken ausgegangen sind, beweisen, daß schon recht beachtenswerte Ansätze zu der von uns angebeuteten Geschäftshandhabung der gemischten Werke gemacht worden sind. Auf ein besonderes Vertrauen zu einer langen Andauer der Hochkonjunktur lassen diese Praktiken nicht schließen, wie denn auch die vielen überallhin günstig lautenden Darstellungen der Wirtschaftslage Spuren der Uebertreibungen unabweislich erkennen lassen.

Große und heftigste Schwankungen waren letzten auf dem Kupfermarkt zu verzeichnen. Aus der Abnahme der Kupferbarräfte, wie sie die Statistik Ende Juni 1912 feststellte, wurden vielfach äußerst günstige Folgerungen für die Konjunkturalentwicklung gezogen, dagegen hatten wir in unserer letzten Rundschau (Nr. 28) auf die Ausschreitungen der Kupferspekulation und die erfahrungsgemäß unzuverlässigen statistischen Berechnungen hingewiesen, die dazu anhalten müssen, die Bewegungen auf den Kupfermärkten mit Vorsicht aufzunehmen. Ueberraschend schnell folgte auf dem Kupfermarkt ein Rückschlag, besonders wirkte das an der Londoner Börse berücklichtete Gerücht auf die Preisbewegung ein, daß weit größere Kupferbestände, als sie die Statistik angab, vorhanden wären. An der Berliner Börse erfahren die Kupferpreise für Oktoberlieferung per 100 Kilogramm in Mark folgende Veränderungen:

8. Juni 1912	8. Juli 1912
20. 163 1/2	9. 154
22. 159 1/2	11. 150
5. Juli 158 1/2	12. 147

Inzwischen ist eine Erhöhung der Preise für Oktoberlieferung wieder bis auf 155 M. erfolgt, aber die außerordentlichen Schwankungen des Vorhandenseins einer Unsicherheit, die als Symptom nicht übersehen werden sollte. Nach Zusammenstellungen der Frankfurter Metallgesellschaft

weist die Kupferproduktion auch im Jahre 1911 wiederum eine Zunahme auf, die jedoch wesentlich geringer ist, als in den unmittelbar vorangegangenen Jahren. Diese Zunahme berechnet sich nämlich nur auf 1,3 Prozent gegen 4,4 Prozent im Jahre 1910 und 12,1 Prozent im Jahre 1909. Es stellte sich die Kupferproduktion 1911 auf 898 400 Tonnen gegen 886 900 Tonnen im Jahre 1910. Bemerkenswert ist, daß die Kupferproduktion der Vereinigten Staaten nicht weiter stieg, sondern sich nur gerade auf der Höhe der vorjährigen (527 700) behaupten konnte. Dagegen hob sich die Kupferproduktion Europas von 175 700 Tonnen auf 181 300 Tonnen. Eine sehr starke Vermehrung weist die Zinkproduktion der Welt auf. Sie stieg im letzten Jahre um 9,6 Prozent, von 816 600 Tonnen auf 895 400 Tonnen. Die Zinkproduktion weist bei 118 200 Tonnen in 1911 eine Zunahme um 2,2 Prozent gegenüber der des Vorjahres auf. Dagegen weist die Bleiproduktion der Welt, die im Jahre 1910 von 1 092 000 Tonnen auf 1 139 700 Tonnen gestiegen war, 1911 wieder eine Abnahme auf 1 117 800 Tonnen auf. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf die Abnahme der europäischen Produktion zurückzuführen, die mit 505 400 Tonnen im Jahre 1910 noch 44,8 Prozent der gesamten Weltproduktion betrug, im Jahre 1911 aber mit 480 400 Tonnen nur noch 43 Prozent ausmachte. Die Weltproduktion in Aluminium ist im Jahre 1911 nach den ermittelten Zusammenstellungen von 43 800 Tonnen im Vorjahre auf 46 700 Tonnen im Jahre 1911 gestiegen, die Weltproduktion im Jahre 1908 belief sich auf 18 600 Tonnen.

In der Erinnerung, daß die schlimmste Beeinträchtigung, die die Erde im Vorjahre durch die ungewöhnliche Hitze erfahren hat, für die Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens ein Hemmnis war, wird in Konjunkturberachtungen jetzt häufig die Auffassung geäußert, daß heuer gute Ernteergebnisse, die nach dem bisherigen Stand der Felder erwartet werden können, wesentlich zu einer Stärkung der Konjunktur beitragen werden. Nun soll ganz gewiß die wirtschaftliche Bedeutung einer reichen Weizen- und Getreideernte nicht unterschätzt werden, aber verfehlt ist die von kapitalistischen Blättern gehegte Hoffnung, daß dadurch selbst die Folgen einer starken industriellen Ueberproduktion ausgeglichen werden könnten. Irrig gewertet wird auch die Zunahme von Neugründungen und Kapitalerhöhungen, an denen in erster Reihe die großen Werke der Metall- und Maschinenindustrie beteiligt sind. Die Gesamtsumme der Neugründungen in Handel und Industrie stellte sich in den ersten sechs Monaten der Jahre 1908 bis 1912 in Millionen Mark:

	1908	1909	1910	1911	1912
Neugründungen	307,58	398,97	291,62	289,88	397,41
Kapitalerhöhungen	208,01	252,86	316,57	380,23	482,68
Zusammen	516,19	659,33	608,19	670,09	820,09

Es ist sehr wohl möglich, daß starke Kapitalerhöhungen und Umwandlungen von Privatunternehmungen in neue Aktiengesellschaften sich gerade in einer Zeit häufen, in der sich ein Umschwung von der Hochkonjunktur zum Niedergang vollzieht. Schon wiederholt ist an dieser Stelle die Prognostik der Banken bargelegt worden, in schwanfenden Wirtschaftskrisen vorher gegebene Kredite zurückzuziehen, das geschieht dann in Gestalt der Ausgabe von neuen Aktien oder Umgründungen von Privatbetrieben in Aktiengesellschaften, Umgründungen, die oft genug nur den Zweck verfolgen, Mittel zur Kreditablösung durch Aktienverkauf käuflich zu machen.

Die bayerische Goldgrube, die Eisenwerksgesellschaft Magmilionshütte in Rosenbergl (Oberpfalz), zahlte für das Ende März abgeschlossene Geschäftsjahr 1911/12 eine Dividende von 30,33 Prozent gegen 23,33 Prozent im Vorjahre. Der Bruttogewinn erhöhte sich von 6,91 Millionen Mark auf 7,29 Millionen Mark, die Abschreibungen auf Anlagen wurden von 2,576 Millionen Mark im Vorjahre auf 2,944 Millionen Mark erhöht, über den sehr bedeutenden Umfang der stillen Reserven ist aus den vorliegenden Abschreibungszahlen natürlich nichts zu erfahren. Während so die großen Montanunternehmungen allgemein mit fast gesteigerten Ergebnissen für das Jahr 1911 aufwarten können, wird die Aktiengesellschaft für Süddeutsche Eisenwerke in Duisburg-Weiderich für 1912 keine Dividende verteilen. In den letzten sechs Jahren zahlte das Unternehmen Dividenden von je 5 Prozent, für 1910 hat ein Gewinnvortrag von 425 533 M. zu besonderen Abschreibungen auf ein im Jahre 1904 erworbenes Objekt verwendet worden. Auch 1911 wird ein Reingewinn von 527 280 M. ausgewiesen, die fast ganz zur Stärkung der Betriebsmittel vorgetragen werden. Offenbar handelt es sich hier um eine willkürliche Bilanzierung, die Gesellschaft gehört zum Konzern der Firma Thyssen & Co., die die Gewinnergebnisse nach ihren jeweiligen Bedürfnissen reguliert.

Nach Abschreibungen von 548 122 M. auf Anlagen und Inventar teilten die Vereinigten Deutschen Nickelwerke, A. G. in Schwerte, einen Reingewinn von 2 029 563 M. aus, aus dem wieder 18 Prozent Dividende gezahlt werden sollen. 300 000 M. werden dem Reservefonds überwiesen, 10 000 M. für Lohnsteuer zurückgestellt und 162 577 M. auf Rechnung vorgetragen. Die Verkaufspreise haben, wie der Bericht der Gesellschaft hervorhebt, häufig zu wünschen übrig gelassen, doch ist der Rückgang durch Verringerung der Produktionskosten infolge Verbesserung der Betriebsrichtungen weitgemacht worden. Immer wieder muß gegenüber den Behauptungen des Scharfmacheriums von der Verteuerung der Produktion durch „Lohnverhöhungen und sozialpolitische Waffen“ auf den Rückgang der Herstellungskosten in den wichtigsten Industriezweigen durch technische Fortschritte und intensive Arbeit hingewiesen werden.

Von der Deutschen Gusskugelfabrik und Maschinenfabrik, A. G. in Schweinfurt, wurde aus An-

laß der Zulassung ihrer Aktien zum Handel an der Berliner Börse in dem Einführungsprospekt angegeben, daß der Umsatz der Gesellschaft, der im Jahre 1907/08 2,02 Millionen Mark betragen hatte, im folgenden Jahre infolge des Rückganges der Automobilindustrie auf 1,35 Millionen Mark sank und sich nach und nach wieder auf 4,14 Millionen Mark für das Geschäftsjahr 1911 erhöhte. Die Automobilindustrie, von der das Unternehmen in seiner Gestaltung abhängig war und ist, steht ihren Aufschwung bis in die jüngsten Tage hinein fort, die Börsenspekulation erhöhte die Aktien von Automobilfabriken wiederholt unter Hinweis auf den günstigen Geschäftsgang dieser Betriebe. — Die Rheinische Automobil- und Motorenfabrik Benz & Co., A. G., teilte mit, daß die Benzwerke Gaggenau G. m. b. H. vormalig Süddeutsche Automobilfabrik durch Kauf in ihren Besitz übergegangen sind und von ihr als Zweigniederlassung fortgeführt werden. — Die Motorenfabrik Oberursel, A. G. in Oberursel, die nach starken Rückschlägen eine Dividende von 7 1/2 Prozent für 1911 zahlte, beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 750 000 M. auf 2 225 000 M. — Von 15 auf 17 Prozent wird die Dividende der Aktiengesellschaft Emil Busch, Optische Industrie in Rathenow, für 1911 nach wieder sehr reichlichen Abschreibungen erhöht, die Aktiengesellschaft für Fabrikation von Bronzewaren und Zinkguß vormalig F. U. Spinn & Sohn, Berlin, erzielte nach den Zahlen der Verluste unter einem Gewinn von 40 577 M., das bessere Ergebnis wird von der Verwaltung auf den erhöhten Umsatz sowie auf bessere Preise zurückgeführt.

Neu gegründet wurde die Hydrometer Breslauer Wassermesserfabrik, A. G. in Breslau, unter Mitwirkung der Maschinenfabriken normals Gebr. Guttmann und Breslauer Metallgießerei, A. G. in Breslau. Das Grundkapital beträgt 1 Million Mark, eingebracht wurden 1 674 988 M., darunter auch Anteile an der Wassermesserfabrik Karl Andrae G. m. b. H. in Stuttgart. — Ueber die Entwicklung einer anderen Wassermesserfabrik, der Aktiengesellschaft vormalig M. S. Riedel in Breslau, gibt der Prospekt des Unternehmens Auskunft, der in diesen Tagen veröffentlicht wurde. Die Gesellschaft besteht seit etwa 14 Jahren, ihr Kapital beträgt jetzt 1,8 Millionen Mark, seit 1907 wurden Dividenden von 7, 5, 6 1/2, 7 und 9 Prozent gezahlt, 1911 stieg der Umsatz von 1,65 auf 1,891 Millionen Mark. Die ersten Preise haben sich wesentlich verbessert, bereits 1910 stiegen die Gewinnzahlen gegen das Vorjahr, obwohl der Umsatz 1910 um 120 000 M. geringer war als 1909. In Moskau wird eine Zweigniederlassung gegründet, beteiligt ist die Gesellschaft ferner an einem Wiener, einem Lütticher und einem Stuttgarter Unternehmen.

Unter der Firma Süddeutsche Telephon-Apparate, Kabel- und Drahtwerke, A. G., mit dem Sitz in Nürnberg, hat das Felten & Guillaume-Carlswerk, A. G., in Wülheim a. Rh. ein selbständiges Unternehmen gegründet, dessen Gegenstand in wesentlichen die Uebernahme und Weiterführung der Zweigniederlassung der vorgenannten Aktiengesellschaft sein soll. Das Grundkapital der neuen Gesellschaft beträgt 1 Million Mark. Die A. G. Felten & Guillaume-Carlswerk bringt die Grundstücke und Gebäude, die Krananlage und Arbeitsmaschinen sowie Werkzeuge, Modelle, Zeichnungen und Bureaueinrichtungen ihrer Zweigniederlassung in Nürnberg ein.

Unsere Lohnkämpfe im Jahre 1911.

Die Lohnbewegungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im vergangenen Jahre übertrafen die früherer Jahre in jeder Beziehung. Die alles verteuernde Wirkung der „Reichsfinanzreform“ kam im Jahre 1911 noch mehr zur Geltung, als das schon im Jahre 1910 der Fall gewesen war. Dieser Umstand in Verbindung mit der guten Geschäftskonjunktur mußte eine große Zahl von Lohnbewegungen zeitigen. Es galt, nicht nur Ausgleich für verteuerte Lebensbedingungen zu schaffen, sondern auch rückständige Verhältnisse überhaupt zu bessern. Mit sehr gemischten Gefühlen bürsteten die Unternehmer der Metallindustrie auf das Kampfsjahr 1911 zurück. Bei den geringfügigsten Anlässen griffen sie zu ihrem Allheilmittel — den Aussperrungen, um dadurch die kämpfenden Arbeiter einzuschüchtern. Im Bezirk Chemnitz wurde sogar von den gleichen Unternehmerkreisen zweimal im Jahre die Aussperrung verhängt. Das Resultat der Aussperrungen war, daß nicht nur die ursprünglich streikenden Arbeiter mit vollem oder Teilerfolg die Bewegung beenden konnten, sondern daß in vielen Fällen auch den Aussperrten nennenswerte Verbesserungen zufließen konnten. Der Spieß war umgedreht worden, die angreifenden Unternehmer wurden zu Angegriffenen und mußten wohl oder übel, wenn ihre Worte von Friedensliebe nicht allgemein als eitle Phrase bewertet werden sollten, den berechtigten Forderungen der Arbeiter nachgeben. Der Prozentsatz der Aussperrungen, bei denen die Unternehmer den Arbeitern ihren Willen aufzuzwingen, ist gegen die Vorjahre bedeutend, gegen das Jahr 1910 von 20,4 auf 10,5 Prozent im Jahre 1911 zurückgegangen. Bezeichnend für die hartnäckige Kampfführung der Unternehmer ist der Umstand, daß die Zahl der Abwehrstreiks sich von 165 im Jahre 1910 auf 191 im Jahre 1911 steigerte, während die Zahl der Abwehrbewegungen ohne Arbeitssequester von 162 im Jahre 1910 auf 187 im Jahre 1911 zurückging. Die Unternehmer versuchten noch mehr als in früheren Jahren, den Arbeitern Verschlechterungen aufzuzwingen. Weiter ist bemerkenswert, daß in 14 Fällen, in denen die Arbeiter veranlaßt werden sollten, Arbeiten für bestreikte Betriebe zu übernehmen, die Arbeitssequester erforderlich wurde, um die Unternehmer von ihrem Vorhaben abzurufen. In mehreren solcher Fälle konnten diese Abwehr-

streits erst mit der Beendigung der Streiks, die den Anlaß dazu gegeben, abgebrochen werden. Eschwert wurden die Kämpfe des Jahres 1911 besonders dadurch, daß die Unternehmer immer mehr sich der "nützlichen" Elemente bedienen, die von den mit immer größerer Schamlosigkeit betriebenen Streikbrechermaßnahmen geliefert werden. Dabei mußten die Unternehmer förmlich auch die Erfahrung machen, daß diese Leute nicht kommen, um zu arbeiten, sondern nur, um den Streik zu brechen. In den betreffenden Orten haufen sie oftmals wie die Wahnen, so das alles erleichtert, und amlet, wenn sie den Schauplatz ihrer Tätigkeit wieder verlassen.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte im Jahre 1911 in 419 Orten 1704 Bewegungen durchzuführen, die 9003 Betriebe mit 562501 Beschäftigten erfaßten. Direkt beteiligt waren an den Bewegungen 277345 Personen, von denen 187407 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und 85080 Mitglieder anderer Organisationen waren. Von der Gesamtheit der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes waren, nach dem durchschnittlichen Mitgliederstand gerechnet, 87,9 Prozent in den Kämpfen gegen 82,5 Prozent im Jahre 1910. Nur im Jahre 1906 war ein größerer Prozentsatz der Mitglieder, 89,15 Prozent, beteiligt, es ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich die Mitgliederzahl in der Zwischenzeit um 180000 erhöhte. Aus der nachfolgenden Aufstellung sind die Lohnbewegungen seit Bestehen des Verbandes zu ersehen. Es sind darin die jeweils am Jahreschluß nicht beendeten Bewegungen nicht mit aufgeführt.

Jahr	Zahl der					Von den Beweg. hatten Erfolg	
	Angriffstreits	Abwehrstreits	Ausperrungen	Betriebe	Beschäftigte	vollen o. s. Zeit	teilw.
1891	23205	2	2	194	194	1	9
1892	26121	6	6	209	209	2	37
1893	28429	6	14	79	79	4	60
1894	33406	20	29	934	904	10	468
1895	38189	16	89	1186	921	7	786
1896	49954	40	209	2268	1897	18	1399
1897	59890	28	67	2716	1566	13	1260
1898	76481	69	181	2795	2061	35	1721
1899	85013	128	665	9077	3026	73	5829
1900	100782	90	622	10622	3548	52	4705
1901	109205	64	117	3599	2296	28	1764
1902	128842	118	819	9672	5017	70	7475
1903	160135	176	1855	22698	15318	114	11481
1904	198964	438	2852	47790	23741	375	42989
1905	259692	549	3427	132289	65980	492	93129
1906	335076	954	8420	188826	119562	878	178778
1907	382204	1049	6412	165687	105244	959	158520
1908	362078	606	2914	67988	39979	533	62755
1909	373849	692	3558	68474	40579	627	60529
1910	484016	1353	7274	229448	138821	1285	215620
1911	615145	1687	8986	276832	186586	1583	268476
Zus.	1081	48512	128778	760888	471591	107643	130138

* Bis zum Jahre 1903 sind die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung in obigen Zahlen nicht mitbalken.

In 1928 Fällen hatten die Arbeiter Forderungen an die Unternehmer gestellt. 1048 dieser Fälle wurden ohne Arbeitseinstellung erledigt, in 280 Fällen kam es zum Streik. Die Unternehmer boten den Arbeitern in 376 Fällen Verschönerungen der Arbeitsverhältnisse an oder stellten ihnen unwirksame Zusicherungen. Nur in 137 dieser Fälle wurde die Angelegenheit ohne Arbeitseinstellung erledigt, während es in 239 zu Streiks und Ausperrungen kam. Der größte Teil aller Bewegungen wurde auch im Berichtsjahr ohne Arbeitseinstellung durchgeführt.

Ueber die Art und Zahl der Bewegungen, die Zahl der erfaßten Betriebe und der an den Bewegungen Beteiligten orientiert die nachfolgende Tabelle:

Art der Bewegungen	Zahl der Bewegungen		Betriebe		Beteiligte Arbeiter	
	1910	1911	1910	1911	1910	1911
Angriffstreits	199	271	1438	2087	29622	38113
Abwehrstreits	155	191	157	226	8349	11360
Ausperrungen	44	57	684	608	51405	74382
Bewegungen ohne Arbeitseinstellung:						
Angriff	808	1048	4957	5887	126727	142935
Abwehr	162	137	181	200	15052	10605
Zusammen	1368	1704	7327	9003	231155	277845

Angriffstreits wurden im Jahre 1911: 271 durchgeführt. Sie erstreckten sich über 152 Orte mit 2087 Betrieben mit 61 761 Beschäftigten. Streikende waren es dabei 38 113, von denen 28 687 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und 4637 anderen Organisationen angehörten. Von den Angriffstreits konnten 166 mit 12 510 Streikenden mit vollem Erfolg und 50 mit 20 204 Streikenden mit einem Teilerfolg beendet. 49 Streiks mit 5118 Streikenden mußten ohne Erfolg abgebrochen werden und 6 Streiks mit 381 Beteiligten waren am Schluß des Berichtsjahrs noch nicht beendet.

Durch die Angriffstreits erzielten 16 416 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit um zusammen 39 372 Stunden pro Woche. Eine Erhöhung des Verdienstes erreichten 19 588 Beteiligte. Festgestellt werden konnte die Höhe der Lohn-

zulagen für 16 666 Personen mit zusammen 35 107 M. pro Woche. Eine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse trat bei 94 Streiks für 15 735 Beteiligte ein. In 61 Fällen mit 13 644 Beteiligten wurde eine Regelung der Arbeitsverhältnisse durchgeführt, die in den meisten Fällen gleichbedeutend mit einer Lohnerhöhung gewesen sein dürfte. In 83 Fällen mit 13 896 Beteiligten wurden Zuschläge für Ueberstunden und in 56 Fällen mit 5450 Beteiligten für Nacht- und Sonntagsarbeit eingeführt. 465 Streikende erreichten bei 5 Streiks die Befreiung von Ueberstunden und in 104 Fällen trat für 21 844 Beteiligte sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein.

Für Abwehr geplanter Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse waren 191 Abwehrstreiks notwendig. Diese erstreckten sich auf 103 Orte und 226 Betriebe mit 48 324 Beschäftigten. Streikende waren 11 860 zu bezeichnen, von denen 8512 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und 1012 Mitglieder in anderen Organisationen waren. Von den Abwehrstreiks hatten 106 mit 4824 Streikenden vollen Erfolg. 31 Streiks mit 3687 Beteiligten hatten einen Teilerfolg und 45 Streiks mit 2216 Beteiligten mußten ohne Erfolg abgebrochen werden. Am Jahreschluß waren 9 Streiks mit 633 Streikenden noch nicht beendet.

Abgewehrt wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 51 Stunden pro Woche für 27 Personen und eine Verkürzung des Verdienstes für 3330 Personen. Nur für 828 Beteiligte konnte die Höhe der geplanten Verkürzung des Lohnes einwandfrei festgestellt werden, sie beträgt 2214 M. pro Woche. Für die übrigen 2502 Beteiligten waren Ueberstunden von 10 bis 50 Prozent auf einzelne Arbeiten angeknüpft. Die wirkliche Differenz zwischen dem früheren Verdienst und dem nach vorgenommener Mäßigung erzielten konnte nicht festgestellt werden. In 13 Fällen wurde für 407 Beteiligte Tarifbruch der Unternehmer abgewehrt. Anfertigung von Streikarbeit wurde in 11 Fällen mit 411 Beteiligte durch die Streiks zurückgemieden. 94 Gemäßregelte wurden bei 35 Streiks an ihren bisherigen Arbeitsstellen gehalten. Gegen schlechte Behandlung mußten sich in 18 Fällen 1534 Streikende verwahren und in 41 Fällen wurden für 2773 Beteiligte sonstige Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse abgewehrt. Die Ergebnisse der Abwehrstreiks sind damit aber noch nicht erschöpft. Dänger zurückgeforderte Verbesserungen wurden in den nummehr erbrannten Kämpfen wieder erneuert; infolge dieses Vorgehens trat bei 4 Streiks eine Verkürzung der Arbeitszeit von 365 Stunden pro Woche für 162 Beteiligte ein. 23 Streiks brachten 732 Beteiligte Lohnserhöhungen von zusammen 1287 M. pro Woche. Eine Regelung der Arbeitsverhältnisse brachten 16 Streiks für 997 Personen. In 4 Fällen erzielten 101 Personen Zuschläge für Ueberstunden und in 3 Fällen 86 Beteiligte solche für Nacht- und Sonntagsarbeit. 6 Tarife wurden für 368 Arbeiter bei den Abwehrstreiks abgeschlossen.

Um die Arbeiter ihrem Willen zu unterwerfen, verhängten die Unternehmer in 57 Fällen an 65 Orten über 603 Betriebe mit 105 695 beschäftigten Arbeitern die Aussperrung. Aussperrt wurden 74 332 Personen, von denen 52 294 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und 9807 anderen Organisationen angehörten. Von den Aussperrungen waren 23 mit 65 645 Aussperrten für die Arbeiter von vollem Erfolg und 26 mit 65 828 Aussperrten von Teilerfolg begleitet. Nur 6 Aussperrungen mit 1859 Beteiligte brachten den Unternehmern den gewünschten Erfolg, der aber auch sehr zweifelhaft war, da sie nur erreicht hatten, daß sie ihre eigearbeiteten Arbeiter zum größten Teil losgeworben waren. Am Jahreschluß waren 2 Aussperrungen mit 99 Aussperrten noch nicht beendet.

Die für die Arbeiter voll oder zum Teil erfolgreichen Aussperrungen brachten 11 930 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit von 19 460 Stunden pro Woche und 4596 Beteiligte eine Erhöhung ihres Verdienstes. Für 4351, die genaue Angaben machten, beträgt diese Erhöhung des Lohnes 4521 M. pro Woche. Es wurde weiter erreicht die Regelung der Arbeitsverhältnisse in 5 Fällen für 630 Beteiligte, die Befreiung von Ueberstunden in 5 Fällen für 435 Beteiligte, in 7 Fällen mit 2125 Beteiligte Zuschläge für Ueberstunden und in 3 Fällen mit 1836 Beteiligte solche für Nacht- und Sonntagsarbeit. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse traten ein nach 15 Aussperrungen für 6520 Aussperrte, und 6 Aussperrungen mit 420 Beteiligte führten zum Abschluß eines Tarifs.

In 1185 Fällen konnten die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung erledigt werden. Neben waren 1048 Lohnbewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Sie erstreckten sich auf 209 Orte und 5837 Betriebe mit 142 935 direkt Beteiligten. Von den Beteiligten gehörten 90 264 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und 18 259 anderen Verbänden an. Voller Erfolg hatten 581 Bewegungen mit 130 102 Beteiligte, einen Teilerfolg 66 Bewegungen mit 9233 Beteiligte und eine Bewegung mit 3600 Beteiligte wurde ohne Erfolg abgebrochen. Die bei diesen Bewegungen erzielte Verkürzung der Arbeitszeit beträgt für 63 376 Beteiligte 140 457 Stunden pro Woche. Lohnzulagen erhielten 26 745 Beteiligte, von denen für 85 900 die Höhe der Erhöhung des Verdienstes auf

150 061 M. pro Woche festgestellt werden konnte. Bei 312 Bewegungen wurden für 33 750 Beteiligte Tarifverträge neu abgeschlossen, erneuert oder verlängert, oder die Unternehmer gaben den für die Branche bestehenden Tarifverträgen bei. Eine Regelung der Arbeitsverhältnisse trat für 21 640 Personen ein. Die Befreiung von Ueberstunden erreichten 2422 Personen. Zuschläge für Ueberstunden wurden 48 797 Beteiligte und solche für Nacht- und Sonntagsarbeit 42 229 Personen bewilligt. Außerdem hatten 46 541 Beteiligte sonstige Vorteile als Erfolg zu verzeichnen.

Der Abwehr geplanter Verschlechterungen dienten 187 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung. Sie erstreckten sich auf 70 Orte und 200 Betriebe mit 10 605 direkt beteiligten Personen, von denen 7670 im Deutschen Metallarbeiter-Verband und 1165 in anderen Verbänden organisiert waren. Bei 130 Bewegungen gelang es, für 10 344 Beteiligte die Anforderungen der Unternehmer reflexlos zurückzuführen. Ein Teilerfolg war in 4 Bewegungen mit 198 Beteiligte zu verzeichnen und 3 Bewegungen mit 63 Beteiligte wurden erfolglos abgebrochen. Abgewehrt wurde eine geplante Verlängerung der Arbeitszeit von wöchentlich 3635 Stunden für 1858 Personen und eine Verkürzung des Verdienstes für 3716 Personen. Die Höhe der geplanten Verkürzung des Verdienstes konnte nur für 1437 Personen mit 8991 M. pro Woche berechnet werden. Tarifbruch der Unternehmer wurde für 56 Beteiligte abgewehrt. Durch die Bewegungen wurden 95 gemäßregelte Kollegen wieder in ihre alten Stellungen gebracht. Die Einführung der Arbeitsverhältnisse unter unzulänglichsten Bedingungen wehrten 41 Arbeiter ab. Gegen schlechte Behandlung durch Vorgesetzte wehrten sich mit Erfolg 276 Personen und für 2367 Beteiligte wurden sonstige Verschlechterungen der verschiedensten Art abgewehrt. Als Verbesserungen der bisherigen Verhältnisse brachten diese Bewegungen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 240 Stunden pro Woche für 122 Personen und eine Erhöhung des Lohnes von 1224 M. pro Woche für 605 Beteiligte. Eine Regelung der Arbeitsverhältnisse trat ein für 941 Personen und Zuschläge für Ueberstunden wurden an 223 Personen bewilligt. Tarifverträge wurden in 7 Fällen für 253 Beteiligte abgeschlossen.

Als Gesamterfolg aus den verschiedenen Arten der Bewegungen des Jahres 1911 ist eine Verkürzung der Arbeitszeit von 198 894 Stunden pro Woche für 92 006 Beteiligte und eine Erhöhung des Verdienstes für 116 266 Beteiligte zu bezeichnen. Für 108 154 Beteiligte, die über die Lohnserhöhung Angaben machten, beträgt diese 192 200 M. pro Woche. In 269 Fällen mit 37 852 Beteiligte trat eine Regelung der Arbeitsverhältnisse ein, die in diesen Fällen direkt als Lohnserhöhung betrachtet werden kann, in allen Fällen aber eine Unmenge unliebsamer Streikereiten befähigt. Für 50 586 Beteiligte wurden in 425 Fällen die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Mißstände im Betrieb wurden in 48 Fällen für 3322 Beteiligte abgestellt. Zuschläge für Ueberstunden erreichten 65 142 Beteiligte in 411 Fällen und Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit 49 798 Beteiligte in 316 Fällen. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse traten ein in 461 Fällen für 74 966 Beteiligte.

Diese direkten Erfolge sind noch die Ergebnisse der Abwehrbewegungen und Streiks an die Seite zu stellen. Abgewehrt wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit in 14 Fällen für 1885 Beteiligte von zusammen 3716 Stunden pro Woche und eine Verkürzung des Verdienstes in 147 Fällen für 7046 Personen. Für 2265 dieser Beteiligten, die darüber Angaben machen konnten, hätte die geplante Verkürzung des Verdienstes 6105 M. pro Woche betragen. In 18 Fällen wehrten 482 Kollegen Tarifbruch ab. Bei 14 Streiks und Aussperrungen wiesen 496 Kollegen Streikarbeit zurück. Die Einführung unbedingender Arbeitsverhältnisse wurde in 4 Fällen für 41 Beteiligte abgewehrt. 191 Maßnahmen wurden zurückgemieden und schlechte Behandlung in 23 Fällen mit 1810 Beteiligte abgewehrt. Für 5189 Beteiligte wurden in 72 Fällen sonstige Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse verhindert.

Von den Mitgliedern des Verbandes waren, soweit das durch den Bezug von Unterstützung festgestellt werden konnte, 1365 an 279 Streiks beteiligt, die von 34 an deren Organisationen geführt wurden.

Die Kosten der Bewegungen des Jahres 1911 zeigt folgende Uebersicht:

Art der Bewegungen	Gauptkaffe	Sotalkaffen	Zusammen
Angriffstreits	1498487	690485	2188972
Abwehrstreits	211903	86968	298869
Ausperrungen	2402084	428970	2831054
Streiks anderer Organisationen	138822	170178	808495
Bewegungen ohne Arbeitseinstellung:			
Angriff	1782	7789	9571
Abwehr	90	282	352
Zusammen	4247668	1324645	5572313

Eine mehrtägige Wanderung der Berliner Metallarbeiter-Jugend.

A. M. Unter den Ansprüchen, die alljährlich von der Berliner Metallarbeiter-Jugend verlangt werden, muß der Pfingstausflug immer ein besonderes Interesse haben. Soll die Partie zwei oder drei Tage dauern, wieviel mal und wo soll über Nacht geliegt werden, ist der Weg nicht zu weit, Uebst Zeit zum Spielen, wie sieht es mit den Kassen und wo soll es übernachtet werden? Es sind zunächst anzusehen, die Logis befragen, mit den Hotelbesitzern auch über die Größe der Partys und die Preise dafür verhandelt werden, die Kasse und interessanter Weise sind anzusehen — das und gut. Barmittel ist genügend zu erheben, besonders, wenn wir den zu dem Zweck gesparten Geldern der Jugendlichen handhabungsmäßig entgegen zu werden soll.

Der Pfingstausflug sollte herum. Bei der Abfahrt am Berliner Bahnhof gab es eine feierliche Begrüßung. Der Gehalts, die Kasse und mit ihrer eigenen Handhabung zwei Tage lang mit der frischen grünen Natur vermischt zu dürfen, der Rest, eines Neues zu erleben, sich zu erholen, nicht zu lang. Unter Sonne half uns auch darüber hinweg, daß die Eisenbahngesellschaft mit reichlicher Beteiligung abgingen. Die jugendlichen Kollegen haben ihr Bestes, was sie konnten, um ohne Langeweile zu überleben, was da ging's nach Jochheim, unsere bestmögliche Zeit.

Nach Beendigung der "Jochheim" gingen wir in geschützten Lage nach dem See, wo wir unser Lagercamp aufgeschlagen haben. Zunächst wurde uns von den Berliner Kameraden, was unser allgemeines Berliner "Gesundheits" und was 11½ Uhr das kleine Mittagessen war. Dann ging's an das Spielen — so sollte nämlich unserer Kollegen. Ueber eine Leiter hinauf mußten wir auf den Hügel hinauf, der einen Meter hoch war. Kollegen als

"Unterwelt" aufsteig. Die Kollegen liefen eine Etage tiefer, auf guter Pflasterung — im Herbst. Die Loketten wurden entfernt; wenn der Berliner Hügel nicht existierte, hätten wir wohl schlafen können, aber so konnte es nicht eine Stunde, ehe die Müdigkeit gelöst waren. — ½ Uhr kling's von der Jochheimhaller Kirche, als ein wunderbarlicher heller Ton aus irgend einer Ecke unseres Schlafplatzes zu uns drang. In der grauen Morgenstimmung meinte einer der unerschrockenen Mitglieder, er wüßte keine große Rede referieren. Unsere hübschere Kamerader sprangen herbei, doch es gab nichts zu hören, der Diktand gedreht war. Vielleicht, was seine Höhe für den Hügel am Tage zu stehen. Ein Teil der jugendlichen Helde sah aber an, was sie im Morgenrauschen des Südens anzusehen. Die Kameradengliederungen haben sich jetzt erst, bis vergraben im See, dem nächsten Schloß hin.

Um 5 Uhr allgemeines Aufstehen, Waschen am Seeufer; dann Kaffeetrinken. Um 6½ Uhr war Alarm mit Gesang von Jochheimheller nach dem alten Jochheimheller Gesang, wobei an den alten Bergprediger der Jochheimheller Erinnerung, an welcher Gelegenheit eine kleine Rede. Von da aus ging's hinauf auf die dem Seeufer vorgelagerten Hügel. Auch einmal nachsehen, das im Seeufer ein hübsches Bild des Jochheimheller eintrugen, und dann hinauf zum Jochheimheller, um das Jochheimheller zu sehen. Gleich nachher sah man das Bild einer Kasse aus dem Wasser herauswachsenden Niederlegung der Eisenbahnlinie. Es geht die Sorge, daß der See länger, länger Zeit eine Stadt verstanden sei. Doch wir gehen hin am See entlang, oft ganz dicht am Wasser, dann wieder zurück zum See, die See abfallenden Ferge, die in voller Höhe angelegten Wege, im Seeufer zu wandern. Doch richtig sind wir unter Eisen, Kisten, Zäunen, Büschen, Gärten, ein Teil der jugendlichen Kamerader hängt sich oftmals an das See heran. Dazu hat mit hübschen Szenen ungelagerte Kamerader jenseitiger Ufer, die wunderliche Plätze des See — wer könnte diese Erörterung aus einem Gesprächs freudig? Allenfalls — ein Teil zur Jochheimheller

und umtandlicher Ort — liegt dicht am See. Wir hatten uns vorgenommen, im Freien zu frühstücken und benutzten dazu die nächstgelegenen Köben. In zwanglosen Gruppen gelagert, genoss jedes, was ihm Mutter mitgegeben — es geht auch ohne Bier —, etwas Zitronen- oder Himbeer- oder frischen Brummenwasser, das in Feldflaschen mitgeführt wurde, gibt das beste und billigste Getränk. Einige Kollegen hatten sogar Aluminiumkochapparate, kochten Kartoffeln und bröckelten Brot an.

Doch nun wieder hinauf zum See, an dem wir schon zwei Stunden gewandert. Tiefeln oder ähnliche Naturbilder wie vorher festelten uns. Am Schluß, als wir den See verließen, an der Stelle, wo lachendes Wiesengrün, durchsetzt von einigen alten Eichen, an Büchens "Frühling" erinnert, hatten wir eine besondere Freude. Ein Jahrhundert alter Eichenstumpf, nur noch einige niedrige Äste weit vorzweigend treibend, bildete den Bohrstift für unzählige Raiköfer. Fast ein jeder von uns griff nach diesen braunen, knabbeligen Dingen, wera auch nur zu dem Zweck, um sie seinem nächsten Freunde oder einer Kollegin ins Genick zu setzen. Bei diesen Scherzen gelangten wir über durch den großwüchsigen Wald zum Seeufer, der den See mit dem Fingoranal verbindet. Die grünen Kiefer des Strandes machten das Wandern angenehm; bald war Schloß erreicht. Dort stellten wir unsere Wasserflaschen, wüchsen auf billige Art unsern Tisch, denn Kamerader, die sonst nichts von den Arbeitern wissen wollen, brauchen auch unsere Pfingstausflüge nicht. Eine niedrige Kiefernhecke mit etwas sandigen Wegen bei Mittagessen hinterließ bei einigen unserer jungen Damen noch gerade nicht die angenehmen Gefühle, jedoch dem Naturfreund ist eine derartige Abwechslung kein Hindernis. Reichlich kamen alle auf ihre Kasse und unsere Kamerader am Seeufer, in der Nähe des Seeufers. Im Waldesschatten mochte es sich jedes auf seine Art gemütlich. Einige der nächstlichen Kamerader hielten noch einiges Verläumt nach, Lebenslustige ergötzen sich nach dem Essen mit Fußball- und anderen Spielen, ein anderer Teil habete unter Auf-

Bei diesen Kosten der Bewegung ist noch zu berücksichtigen, daß damit die Aufwendungen noch nicht alle erfaßt sind. Der auf 9 760 251 M. berechnete Verlust an Arbeitsverdiensten ist hier ebenfalls mit in Rechnung zu stellen. Besonders hervorzuheben ist, daß 4 665 365 M. oder 48 Prozent des entgangenen Arbeitsverdienstes auf das Konto der Ausscherrungen zu setzen sind. Mehr als die Hälfte aller Kosten der Bewegung entfallen ebenfalls auf die Ausscherrungen, also auf Bewegungen, deren Verhütung nicht im Machtbereich der Arbeiter lag, die vielmehr von den Unternehmern oftmals aus kleinlichen Anlässen verhindert wurden und schwere Schädigungen über Larven von Arbeitern und ganze Wirtschaftsgebiete brachten. Den „Vollstrecker“, die die Arbeiter vor den gewerkschaftlichen Organisationen warnen zu müssen glauben, indem sie auf die Ausgaben für Streiks und den Verlust an Arbeitsverdienst verweisen, und die über das namenlose Geld, das durch die „Streikout der Arbeiter“ über diese selbst und über ihre unschuldigen Angehörigen komme, Profobilstrafen vergießen, ist zu raten, sich doch über das Wesen und die Folgen der Ausscherrungen zu unterrichten.

Die organisierten Arbeiter wissen, daß sie die Opfer nicht umsonst bringen, die diese Kämpfe erfordern, sie wissen, daß ihnen ihre Aufwendungen mit Zins und Zinseszins zurückzuerstattet werden. Aus einer Gegenüberstellung der Aufwendungen und der Ergebnisse der Lohnkämpfe ist diese alte Wahrheit auch wieder für das Kampfsjahr 1911 nachzuweisen. Die erzielten Lohnerhöhungen betragen 8 265 560 M. pro Jahr — das Jahr zu nur 40 Arbeitswochen gerechnet —, wenn auch für die, die bestimmte Angaben nicht machten, der berechnete Durchschnittszugrunde gelegt wird. Diesem Betrag, der nicht nur für das laufende Jahr gilt, sondern der auch im Budget der folgenden Jahre erscheint, stehen 9 760 251 M. entgangener Arbeitsverdienst gegenüber. Nach Abzug der Lohnerhöhung nur für ein Jahr verbleibe dann noch ein Verlust von 1 494 691 M. an Arbeitsverdienst, der aber durch die an die Kämpfenden ausbezogenen Streikunterstützungen von mehr als 1/2 Millionen Mark beinahe diermal gedeckt ist. Alle anderen Ertragskategorien: Verkürzung der Arbeitszeit, tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse und die Abwehr geplanter Lohnverfälschungen zc. dürfen aber hierbei nicht außer acht gelassen werden, wenn sie auch nicht alle in Geldwert umzurechnen sind.

Die Metallarbeiter können mit den Erfolgen des Jahres 1911, obwohl gar viele Wünsche unerfüllt geblieben sind, wohl zufrieden sein. Unsere Erfolge sind erungen worden trotz der heftigsten Gegenwehr des Unternehmertums. Stärken wir deshalb unsern Verband, führen wir ihm die Hunderttausende der uns noch Fernstehenden zu, dann werden wir in Zukunft noch größere Erfolge zu erringen imstande sein.

Ferien.

In's Dicht ist das Wild gezogen,
Der Vogel schweigt im Frühenbaum,
Am Reich der Blumen festgezogen,
Regt sich der Schwarm der Finnen kaum.
Stumm ist das All — die Wäldermassen,
Die Felsen sind in Blau getaucht;
Die latenten Blüten, sie erhaschen
Mit ihrer Kraft, was weht und haucht.
Und doch in dieser heißen, stummen
Blüthenzeit — wie klingt es leise hin,
Durch süßen Stimmern, süßen Summen,
Das sind die Mittagsmelodien.
Und sonst kein Laut, kein Hauch, kein Schatten,
Ein Weiß nur, der im Blau sich wiegt.
Goldlicht-umflutet ruhn die Wälder
Und lauschen — wie die Sonne siegt!

Karl Stetler.

Vor kurzem feierte man R o u s s e a u anlässlich seines 200. Geburtstages, und auch der Arbeiter, der seine Werke noch nicht gelesen, konnte erfahren, daß er nicht nur der erfolgreiche Vorläufer der großen französischen Revolution, sondern auch der Prediger der Rückkehr zur Natur war, um aus den Uebeln einer falschen Kultur nieder herauszukommen. Wir sehen hier von der philosophischen Seite dieser Theorie, deren Berechtigung bis zu einem gewissen Grade auch der moderne Sozialismus anerkennt, ganz ab und nehmen sie in dem Sinne wahrlich, daß wenigstens von Zeit zu Zeit die Träger und Förderer dieser Kultur, die Arbeiter, ihre Stätten: die Fabriken und Werkstätten, Bauten und Oruden und ihre Wohnungen in den dichtbevölkerten, von der Natur entfernten Städten verlassen und hinauszuwandern sollen in Wald und Flur, auf die Berge und an die Seen, um so zur Natur zurückzukehren, deren eigenes Produkt auch der Mensch ist, was er aber im Maschinengetriebe einer modernen Fabrik ganz verliert und so auch seinen Zusammenhang mit der Natur verliert. Und darum hinaus in die Natur, hinaus aus den Städten mit ihrer dicken, stickigen und schlechten Luft im heißen Sommer, hinein in den ewigen und unerlöschlichen Jungbrunnen der Natur, der dem Menschen alle Glieder stärkt, Herz und Lunge weitet, Gemüt und Verstand läutert und neu belebt.

Hunderttausende, ja vielleicht Millionen sind schon ausgezogen, ohne erst den Appell zum Ausspannen und Ferienmachen abzuwarten; sind, soweit sie den bestehenden Klassen angehören, ausgezogen, weil die Sommerreise in diesen Kreisen zum sogenannten guten Ton gehört; oder ausgezogen, soweit es Beamte und Angestellte sind, die vertragsgemäß alljährlichen Ferienurlaub erhalten, um der Erholung

sich Schwimmbad im Kanal. Nach zweifelhafter Raft brachen wir auf, kreuzten den Großschiffkanal Berlin-Stettin, kamen durch Marienwerder und mußten auch den Finowkanal überqueren. Dann wanderten wir wieder durch den Wald entlang am Eisenbinder und Mittel-Prendense. An diesem See gab es nochmals einstündige Raft und wiederum Spiele. — Der Bauersee bei dem Dorf Prenden, das wir unter Gelang durchzogen, lag bald hinter uns. Das letzte Wegstück unseres Tagesmarsches war guter Schauschuboden und so wurde das idyllisch gelegene Rante mit seinen Anlagen pünktlich, wie von der Partialeitung berechnet, abends 7 1/2 Uhr erreicht.

Nun machte es sich jeder in voraus bestimmten Lokal bequem. In beschaulicher Ruhe, den Obersee vor Augen, nahmen wir in der Abenddämmerung das Nachessen ein. Als Schlußgemach diente diesmal der mit Stroh ausgelegte Tanzsaal (die Kolleginnen wurden auf der mit Vorhängen versehenen Bühne untergebracht). Da wir einen sehr langen Marsch hinter uns hatten, so war es natürlich, daß man sich sehr nach Ruhe sehnte. Deshalb waren auch die Tischbelegungen sehr bequem, um 10 1/2 Uhr schloß alles.

Am andern Morgen spiegelte sich schon die Sonne in den Fensterscheiben, als die Gesellschaft um „Armen hinter dem Tore“ zum Waschen eintraf. Nach dem Frühstück beistete man sich, hinauszuwandern, die Sonne Locke förmlich. Mit Gesang marschierten wir am Ufer des Obersees dem Vepniksee entgegen. Seen wie diesen gibt es nicht viele in der Umgegend Berlins. Sehr alte Buchenwälder, von etlichen Riesernbeständen unterbrochen, räumen rechts und links den See ein, in der Mitte ist eine fruchtbarere Insel mit etwas Anhöhe, dazu das tiefliegende Wasser — hier wird die Schlußfeier größtenteils der Naturfreunde gefeiert. Doch bei all diesen Naturgenüssen durfte der Wager nicht vergessen werden, denn der Jugend sind die dicksten Stunden Tugend. 2 1/2 Stunden blieben wir da, denn nach dem Essen wurde auch wieder gespielt. Einige kleine Andenken in Form von Büchern wurden den Siegern bei den Kraftspielen zuteil. — Am Wandstübe trafen wir zur festgesetzten Zeit im

teilhaftig zu werden, der sie in geringerem oder stärkerem Grade bedürfen. Die Hunderttausende Ferienreisender verleben dem internationalen Reiseverkehr sein besonderes Bild der Massenhaftigkeit und flieberhaften Beweglichkeit und Lebendigkeit, der Eleganz und Fröhlichkeit.

Wir zählen nach der in der bürgerlichen Presse gegebenen regelmäßigen Uebersicht über die Wälderfrequenz vor einiger Zeit in 35 Wäldern und Sommerfrischen in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz rund 800 000 Gäste. Man darf diese Zahl noch mehrfach multiplizieren, um die Summe dieser Glücklichlichen zu erhalten, die mehrere Wochen lang unter den günstigsten Bedingungen sich erholen und das Leben genießen dürfen.

Wenn ein französisches Blatt schon vor mehreren Jahren die Geldsumme, die die bestehenden Klassen Europas während drei Sommermonaten für Aufenthalt in den Wäldern zc. auf 840 Millionen Franken berechnete, so wird sie heute wohl eine Milliarde oder mehr betragen. Schwere die betreffende Klasse nicht selbst ebenfalls nützliche Arbeit verrichten und dadurch Einkommen verdienen, handelt es sich in jener Summe um die Früchte der Arbeit anderer Leute, der Proletarier in der Werkstätte wie im Bureau, die von den noblen Parasiten der Gesellschaft verprobt werden.

Wir gönnen aber trotz alledem den glücklichen Menschenkindern neidlos ihre Sommer- und Ferienfreuden, aber wir fordern sie auch für die vielen Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen, für unsere Frauen und Kinder, die nicht nur entbehrliche Arbeitstiere sein sollen; nicht bloß dazu da, den anderen alle Annehmlichkeiten und Herrlichkeiten, die die Erde zum Paradies, das diesseitige Leben zur himmlischen Seligkeit machen, zu schaffen, sondern denen ihr reiches und wohlhabender Anteil daran ebenfalls werden soll. Die alles erkämpfende, fleißige vorbringende Arbeiterbewegung hat auch den Gedanken der Arbeiterferien zur Verwirklichung gebracht. In zahlreichen Tarifverträgen sind sie schon für Zehntausende von Arbeitern als ihr gutes Recht festgelegt; für weitere Zehntausende müssen die nächsten Jahre regelmäßige Sommerferien mit Fortbezahlung des Lohnes bringen. Andere Zehntausende haben sie schon erhalten als Geschenk der Unternehmer, die damit dem Auge der Zeit folgten und indirekt ein Zugeständnis an die dafür kämpfende Arbeiterbewegung gemacht haben.

Der Gedanke der Arbeiterferien wird gestützt durch Ärzte, Fabrikinspektoren und einsichtige bürgerliche Sozialpolitiker. Sie haben mit der organisierten Arbeiterkraft begriffen, daß gerade der Arbeiter es ist, der von allen Menschen der Ferien, der längsten, nicht nur eintägigen, Ausspannung und Erholung, der zeitweiligen Rückkehr zur Natur, die Karl Stetler in unserm Beitrag so verständnisvoll schildert, dringend bedarf.

Die Ferien, die wir den Arbeitern so dringend wünschen, meint die Wiener Arbeiter-Zeitung in einem Artikel, sollen die Eintönigkeit des menschlichen Lebens unterbrechen, sie sollen den Menschen sich wiedergeben, sie sollen den Sinnesorganen neue, frische, lebhaftere, freudige Abwechslungen bieten. Die Ferien sollen den Arbeiter herausreißen aus der Stimmung des Alltags, sie sollen ihm körperliche Erholung und geistige Frische bringen, sie sollen den Muskeln und Nerven andere Betätigung schaffen. Schon die Tatsache der Abwechslung ist für jeden Menschen, viellecht vor allem für den schwer körperlich arbeitenden, von großer Bedeutung, von nicht hoch genug anzuschlagendem Vorteil. Von früher Jugend an betätigen sich der Lehrling und der jugendliche Arbeiter ununterbrochen im Beruf. Körperliche Einseitigkeiten, Verkümmung, zu starke Ausbildung einzelner Muskelgruppen, Erschlaffung anderer werden so herbeigeführt. Die zahlreichen Miltärtauglichkeitsuntersuchungen sind ein gewaltiger Vorwurf, der der Gesellschaft gemacht wird, die die körperliche Verwahrlosung nicht hemmt. Würde man dem jugendlichen Arbeiter Ferien schaffen können, so würde sicherlich der Körper in kurzer Zeit vieles wieder gut machen, was an ihm geschadet wurde. Wenn heute die Tuberkulose und andere Volkskrankheiten ungeheuer verbreitet sind, erklärt sich dies zum Teil aus der langen Ausbeutung, aus der überstarren körperlichen Betätigung, aus den mannigfachen Schädigungen des Berufes, denen kein Gegengewicht entgegengestellt wird. Welt wichtiger als alle irdische Kunst, als Spitztüter und Heilstätten, die doch die Gesundheit nur selten wieder vollständig herstellen können, ist die Vorbeugung, die Verhinderung der Erkrankung. Vorbeugung ist die wichtigste Aufgabe des Sozialpolitikers wie des Hygienikers. Der Kriegsminister wie der Finanzminister sollten die Vorbeugung der Erkrankung fördern. Sie sollten aber dafür wirken, daß das höchste Gut des Staates und der Nationen, die Gesundheit und Widerstandskraft der Arbeiter, nicht verwöhlet und frühzeitig zerstört werde, daß die Arbeiter in ihrer körperlichen Entwicklung nicht gehemmt, in der Entfaltung ihrer Fähigkeiten nicht gehindert werden. Die Arbeitermassen gesundheitslich zu sichern, sie vor Krankheiten zu bewahren, sie zur vollen Entfaltung aller ihrer Fähigkeiten gelangen zu lassen, das ist die beste Politik; aber freilich ist dies nicht die Aufgabe der Staatskunst der Gegenwart, es ist die der Zukunft. Diese Politik wird erst gemacht werden, wenn nicht die Besitzer, sondern die Arbeiter den maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung haben werden. Aber so lange können wir nicht warten, bis sich der Staat seiner Pflichten für die Gesundheit der Arbeiter erinnern wird. Wir müssen durch unsere Organisationen für die Verkürzung der Arbeitszeit wirken; sie wird es einer von Jahr zu Jahr steigenden Anzahl von Arbeitern ermöglichen, Ferien zu genießen zur Stärkung und Kräftigung und zur Genesung.

Restaurant „Zum Seezug“ ein. Die ganze Aufmachung des Lokals, die angenehme Bedienung, aber noch mehr die guten und reichlichen Portionen beim Mittagessen unter ichtigen Kapazitäten erzeugten allenthalben große Beistimmung. 2 1/2 Stunden weilten wir dort. Ein Zell der Kollonen unternahm eine Motorrundfahrt auf dem stark bewegten Wandsbuck, andere hatten ihre Freude, sich von der sich bewegenden Wellen im nassen Strahlbad zu schaukeln zu lassen. Bei unserm Rückmarsch nach Bernau streiften wir nochmals kurz am Korndouze eine markante Stelle des Vepniksees. Dort greifen die fernigen Wälder der äußeren Buchen bis in den See hinein, hallenartig tragen die glatten Stämme ihre dichtbehaarten Kronen, das darüber abgedämpfte Sonnenlicht ritterläßt eine besondere Gemütsstimmung, die jeden ergreift, der für Naturwunder empfänglich ist.

Als Beweis dafür, daß unsere jugendlichen Kollegen Sinn für diese Naturwunder haben, könnte man anführen, daß fast durchwegs immer wieder Frühlings-, Maren- und Wanderlieder gesungen wurden. Nur so ist es überhaupt zu erklären, daß wir unsere Ziele immer zur festgesetzten Zeit erreichten. Am Waldkloster vor Bernau rasteten und spielten wir hinter dem Restaurant im Walde zum letztenmal. Dann wurde noch die Hälfte der historischen Bernauer Stadtmauer nebst Türmen besichtigt, und bald saßen wir in der Bahn und dampften Berlin entgegen. Um 10 Uhr konnte jeder zu Hause sein.

Nach einigen Tagen ergaben Umfragen, daß die Parteimitglieder vorzüglich gefallen hat. Trotz des Fahrgeldes von 2 M., Nachtlager und zweimaligem warmen Essen und sonstigem wurde durchschnittlich pro Person nur 6 M. ausgegeben, eine Summe, die je nach der Gegend bei weiteren Ausflügen noch zu erniedrigen ist. Alles in allem hinterließ die Partie bei allen Teilnehmern ein angenehmes Andenken; bei einigen trat die Erinnerung daran bald so stark hervor, daß sie am liebsten der Frühlingszeit den Rücken kehren wollten, um wieder hinauszuwandern an die waldumkränzten Seen.

Geist waren es ja gerade unsere eigenen Organisationen und Unternehmungen, wie zum Beispiel die sozialdemokratischen Druckereien, die mit den Arbeiterferien bahnbrechend und die Theorie in die Praxis umsetzend, vorangegangen sind. Und ihnen folgten die Konsumvereine und andere Genossenschaften, folgten die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen mit der Genehmigung von Ferien an ihre Arbeiter und Angestellten. Und die Sozialdemokraten waren es, die den Arbeitern der kommunalen und staatlichen Unternehmungen zu Ferien verholfen haben, und sie sind es ferner, die immer und überall darauf bedacht sind, wie allen Bestrebungen zur Förderung der Wohlfahrt der arbeitenden Klassen auch dem Gedanken der Arbeiterferien stets weitere Ausdehnung und Geltung zu verschaffen, bis sie Gemeingut aller geworden sind.

Und darum her mit den Arbeiterferien!

Der 24stündige Generalstreik in Zürich.

In der Schweiz verschärfen sich die Klassengegensätze und die Klassenkämpfe fortwährend und es ist bereits so weit gekommen, daß aus kleinen wirtschaftlichen Aktionen der organisierten Arbeiterkraft sich große Kämpfe von allgemeiner Bedeutung entwickeln. Die meisten wirtschaftlichen Kämpfe in der Schweiz werden schon seit einiger Zeit um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Wenn Adam Smith in seinem bekannten großen Werke über den Volkswohlstand sagt, daß die Unternehmer stets im stillen Einverständnis miteinander darüber einig sind, den Arbeitslohn nicht über seine jeweilige Höhe hinaus steigen zu lassen, so ist heute von den schweizerischen Unternehmern zu sagen, daß sie im lauten Einverständnis in Form gefasster Versammlungsbeschlüsse ihrer Organisationen nicht nur die Löhne nicht weiter erhöhen, sondern namentlich die Arbeitszeit nicht weiter verkürzen wollen, während aber auf der anderen Seite die organisierte Arbeiterschaft aus den bekannten mancherlei wichtigen Gründen mit Macht auf eine weitere Verkürzung der immer noch viel zu langen Arbeitszeit hinarbeitet.

Um die Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen auch seit Monaten die Maler und die Schlosser in der Stadt Zürich, von denen die ersten die Reduktion ihrer neunstündigen Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden und die andern eine solche von 9 1/2 auf 9 Stunden verlangen. Um den Neunstundentag kämpfen die Züricher Schlosser schon seit Jahren; bereits im Jahre 1909 hat das städtische neutrale Einigungsamt ihre Neunstundenforderung als berechtigt anerkannt, was aber den großen und kleinen „Herren im Hause“ gleichgültig ist.

So ließen es die Maler- und Schlossermeister zum Streik kommen in der Hoffnung, mit Hilfe von importiertem Streikbrechergesindel die Streiks niederzuschlagen und so um die Arbeitszeitverkürzung wieder einmal herumkommen zu können. Die Streikbrecherleiterin ist in der Hauptsache die belagerte edle Frau Witwe Müller in Wandsbed, die den Gipfel weiblicher Erwerbstätigkeit erklimmen hat. In den Räum der Streikbrecherleitung teilen sich mit der Frau Müller die Gewerkschaftsleiter, wobei auch eine gewisse Arbeitsleistung praktiziert wurde. Frau Müller lieferte den Schlossermeistern, die „Christen“ lieferten den Malermeistern die Streikbrecher, unter denen „schwere Jungen“ sind, die schon in Albed sich im Niederschießen von Nebenmenschen übten und dafür zum Teil mehrjährige Gefängnisstrafe mit dem Gefängnis machten. Die Tatsache, daß sich unter den „Arbeitswilligen“ kriminell vorbestrafte Subjekte befinden, ist vom Züricher Stadtrat andlich anerkannt worden. Und diese Subjekte wurden in Zürich von den Maler- und den Schlossermeistern mit Revolvern, Dolchen, Gummischläuchen, spitzen Fellen und Schlagringen ausgerüstet und auf die Streikenden losgelassen. Deren einer, der Maler Wähler, wurde von dem „Christlichen“ Streikbrecher Kaiser aus Preußen niedergeschossen und dabei im Unterleib so schwer verwundet, daß er einige Tage hernach im Spital an den Folgen der schweren Verwundung starb. Die Tat war in juristischem Sinne kein Mord, aber wenn der Fall umgekehrt läge, würden die „Christen“ und mit ihnen die ganze bürgerliche Gesellschaft von „infamem sozialdemokratischem Mord“, von „sozialdemokratischem Mordbuben“, von „blutigem sozialdemokratischem Terrorismus“ reden und zum „Schuge der Arbeitswilligen“ die doppelte Todesstrafe für jeden „sozialdemokratischen Terroristen“ fordern. Den Kaiser aber haben bürgerliche Geschworene des Kantons Zürich freigesprochen und die bürgerliche Presse mit Einschluß der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung freut sich seiner Heiligkeit.

In den letzten Tagen hat der Berliner Streikbrecher Max Weibner den vor einer Wirtschaft stehenden Anschlag der Dens in den Oberienkel eines Beines geschossen und so schwer verwundet, daß er sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Da auf gerichtliche Sühne für Streikbrecher-Verbrechen nicht zu rechnen ist, läßt das Publikum Lynchjustiz und verprügelt den Revolverhelden derart, daß er ebenfalls in das Spital verbracht werden mußte. Die bewaffneten Streikbrecher besuchen mit Vorliebe die Verkehrslokale der organisierten Arbeiterschaft, um da Strettigkeiten zu provozieren und dann nach dem bekannten Rezept des deutschen Patrioten Sinke durch blutigen Ueberfall auf die unbewaffneten Streikenden sich ein Extrabergnügen zu verschaffen, das zu den besonderen Reizen der berufsmäßigen Streikbrechertätigkeit gehört. Wenn sie solche Gelegenheiten nicht haben, so kommen die Kraftmenschen in ihrem Streikbrecherahnl selbst hindereinander, so daß die „Kontrollreute“ und Agenten die Verdrängung machen müssen.

Statt nun gegen das verbrecherische Streikbrechergesindel, das nicht nur die persönliche Sicherheit der Streikenden, sondern auch die anderer Menschen gefährdet, mit denen es in Berührung kommt, vorzugehen, wurden die Streikenden verfolgt, eingesperrt und, wenn Ausländer, auch ausgewiesen. Um den Geheimnissen der Schatzmacher ein weiteres Zugeständnis zu machen, befahl die Regierung des Kantons Zürich dem Züricher Stadtrat, das Streikpoffenverbot zu erlassen, was dieser dann auch in beschränkter Form tat, wonach vor zwei Fabriken in genau begrenztem Bannkreis kein Streikpoffen und im übrigen nicht mehr als je zwei Mann Poffen stehen durften.

Auf diese provozierende Parteinahme der Regierung für die Unternehmer und die Streikbrecher hin tauchte in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft der Gedanke des Generalstreiks als Protestkundgebung auf und nachdem die einzelnen Gewerkschaften dazu Stellung genommen, wurde in der Unionsversammlung von Vertretern von 6200 gegen 800 Gewerkschaftsmitgliedern der Streik für den 12. Juli beschlossen. Und der Beschluß wurde in großartigem Maße durchgeführt. Etwa 20 000 Arbeiter feierten und in allen Werkstätten und Fabriken, auf Bauten wie auf den Straßen herrschte Ruhe, denn auch die städtischen Straßenbahnen und die Subjekte streikten mit. Vom Generalstreik bispersoniert waren Post, Telegraph, Telefon, Sanitäts- und Krankenpersonal, Eisenbahnbetriebspersonal, die beiden sozialdemokratischen Parteibüro der Volkrecht und Sozialloner, das Lebensmittelgeschäft des Konsumvereins (Lebensmittelvereins), Ipezzell Milch, Brot und Frischkäse.

Der Vorstand der Arbeiterunion hatte noch in der Nacht folgendes Manifest an die Arbeiterschaft und die gesamte Bevölkerung der Stadt Zürich erlassen:

Arbeiter heraus! Um den Streik der Schlosser und Maler zu unterstützen, hat das Unternehmertum Berufsstreikbrecher aus Deutschland importiert die, von einem Teil

der Unternehmer mit Scholtern und Dolchen ausgerüstet, für die gesamte Bevölkerung gefährliche Elemente sind. Das beweisen die Vorkommnisse der letzten Tage. Die Regierung, auf diese Tatsache aufmerksam gemacht, hat als Antwort vom Stadtrat ein Streikpostenverbot erlassen. Arbeiter! Zum Protest gegen diese Parteimache der Behörden, zum Protest gegen die Einfuhr berufsmäßiger Streikbrecher rufen wir euch auf zum 24. und 25. d. Generalstreik auf heute Freitag den 12. Juli. Arbeiter! Verlaßt für heute die Arbeit in Ruhe und Ordnung. Ernst und würdig soll unser Protest sein. Wir appellieren dringend an eure Disziplin, an eure Einsicht! Erinnert euch an die kraftvolle Ruhe der schwebelichen Arbeiterzeit. Meidet wie sie alle alkoholischen Getränke! Unterlaßt jede Sonderaktion vor den betroffenen Werkstätten! Erscheint am Freitag, morgens 9 Uhr, zur Protestversammlung auf der Rotwandwiese! Hier werdet ihr weitere Mitteilungen erhalten! Am Samstag morgen wird die Arbeit wieder aufgenommen!

Die bürgerlichen Ordnungsmenschen rufen über diese verblüffend gelungene Aktion der Arbeiterzeit, an der sich nur die „Christen“ nicht beteiligten, obwohl sie in einer Versammlung ebenfalls gegen das Streikpostenverbot protestierten — sie, die Streikbrecherimporteur! Und die Unternehmer antworteten, nachdem sie sich vom ersten Schreck erholt hatten, mit der Retourkarte der zünftigen Ausperrung, wodurch sie mitten im schönsten Sommer den 20 000 Arbeitern zu einem vierwöchigen Ferienurlaub verhalfen.

Wir damit nicht genug, verbot nun die Kantonsregierung mit schämen staatsretterischen Eifer das Streikpostenverbot gänzlich, ebenso Versammlungen und Umzüge, soweit sie mit dem Streik in Zusammenhang stehen. Und sie ging noch weiter und ließ am Freitag abend in mehreren Bezirken des Kantons den Generalmarsch schlagen und drei Bataillone Infanterie und eine Schwadron Dragoner, zusammen circa 2500 Mann, aufsteilen, um in der Kantonshauptstadt Zürich die Ordnung wieder herzustellen zu lassen, die nicht gestört worden und die nur die gleiche Regierung selbst durch ihre parteiischen Maßnahmen bedrohte. In der Stadt besorgte inzwischendie die zufällig anwesende Gotthardartillerie den Schutz der nicht gefährdeten öffentlichen Sicherheit, bis sie am Samstag morgen von den einrückenden Truppen abgelöst wurde, unter denen sich auch Streikende befanden. Als am Freitag nachmittag der große Demonstrationzug der Generalstreiker bei der Kaserne vorbeizog, wurde er von Soldaten mit „Arbeits!“ begrüßt. Ein Baumleisterssohn in Offiziersuniform, der deswegen gegen die Soldaten Pauschuben ausgeteilt hatte, mußte sich den sofortigen Protest derselben gegen diese freche Beschimpfung gefallen lassen.

Die ganze Sächerlichkeit des Militärgebots, das nun einmal zu den landeskühnlichen Mitteln zur Niederschlagung von Streiks in der Schweiz gehörte, wurde offenbar, als die Soldaten absolut nichts zu tun voranden und deshalb zu reinen Ninderheiten, wie Befehlung des Hofmarschalls, des Pulverturms und anderer nicht bedrohter Punkte mißbraucht wurden. Dagegen dürfte der Zweck der Aufreizung der Bauern gegen die städtische Arbeiterzeit, da man sie mitten aus ihren bringenden landwirtschaftlichen Arbeiten herausriß, erreicht worden sein. In Wahrheit sollten die Bauern gegen die Regierung empört sein.

Am Montag den 15. Juli gab es noch eine große staatsretterische Aktion. Die Regierung will gegen die Urheber und Leiter des Generalstreiks so etwas wie einen Auftrugs- und Hochverratsprozeß infanterieren und so schickte sie den Staatsanwalt mit Polizei und Militär ins Volkshaus, wo in den Bureaus der Gewerkschaftssekretäre Hausdurchsuchungen vorgenommen und die Genossen Rod (Gewerkschaftssekretär der Arbeiterzeit), Schaafroth (Sekretär des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes) und Platten (Sekretär des Verbandes der Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz) verhaftet wurden. Auch der sozialdemokratische Verein „Eintracht“ wurde von einer ergebnislosen Hausdurchsuchung heimgeführt.

Die Bürgerverbände, die schweizerischen Brüder der deutschen Reichsverbände, hielten eine Versammlung ab, in der sie ihre noch vorhandene Unzufriedenheit mit der Regierung und dem Stadtrat ansprachen, da noch kein einziger Sozialdemokrat offiziell hingerichtet wurde, und sie beschloßen, eine neue Aktion für weiteren Schutz der Arbeitswilligen zu unternehmen.

Am Dienstag morgen wurde von den ausgesperrten Generalstreikern die Arbeit wieder aufgenommen und am Dienstag abend das Militär wieder entlassen. Die wild gewordenen Spielbürger werden indes weiter heßen und ihre Handlanger auf den Wintersejesseln weiter die Maßmittel des Staates gegen die Arbeiter jähde mißbrauchen. Aber durch alle bürgerlichen Erzeße kann die Aufgabe des gelungenen Generalstreiks nicht aus der Welt geschafft werden, durch den die Arbeiter das ganze Getriebe zum Stillstand brachten und ihre große wirtschaftliche Macht demonstrierten, ohne deren Befähigung die ganze bürgerliche Gesellschaft ohnmächtig ist. Daran ändert auch das Wüten der Arbeiterzeit nichts, das nur die Notwendigkeit der Vereinigung von Arbeit und Kapital zu einem höheren Ganzen lehr.

Die gewerkschaftliche Organisation der Metallarbeiter in Großbritannien.

II.

Angaben über die Gewerkschaftszahlen enthält die amtliche Statistik nicht für alle Organisationen, sondern nur für 100 hauptsächlichste Verbände und große Lokalvereine. Die Mitgliederzahl dieser 100 Gewerkschaften stieg von 1 215 694 im Jahre 1901 auf 1 459 687 im Jahre 1910; auf 15 Verbände der Metallarbeiter und verwandter Gewerbe entfielen davon im Jahre 1901: 242 551 und im Jahre 1910: 276 833 Mitglieder.

Die Jahreserinnungen der 15 Verbände stiegen von 764 866 £ im Jahre 1901 auf 999 608 £ im Jahre 1908; im Jahre 1909 betragen sie 848 718 £ und im Jahre 1910: 967 046 £. Im Jahresdurchschnitt der Periode 1901 bis 1907 lag auf jedes Mitglied eine Einzahlung von 64% s. und 1908 bis 1910 von 68% s. Die durchschnittliche Jahreserinnung pro Mitglied ist bei den Metallarbeitern höher als bei den Organisationen aller anderen Gewerbegruppen; im Durchschnitt der drei Jahre 1908 bis 1910 betragen pro Mitglied die Metallarbeiter 59% s., die Drahter- und Papierarbeiter 48% s., die Textilarbeiter 30% s., die Metallarbeiter 27% s., die Bergarbeiter 23% s., die Transportarbeiter 22% s. und die übrigen Gewerkschaften 20 s. Im Jahre 1910 hatte die Friendly Society of Iron Founders (Eisenarbeiter) von allen 100 Gewerkschaften die höchsten durchschnittlichen Einnahmen an Beiträgen der Mitglieder (ausgeschlossen Anwaltsgebühren und Strafgebühren), nämlich 98 s.; bei der Amalgamated Society of Engineers (Maschinenbauern) machte im gleichen Jahre die durchschnittliche Leistung eines Mitgliedes 72 s. aus, während die Postmen's Federation, der Verband der Briefträger, nur 2% s. pro Mitglied einnahm.

Die Jahreserinnungen der 15 Gewerkschaften der Metallarbeiter z. waren zu Beginn des letzten Jahrzehnts erheblich niedriger als die Einnahmen; sie betragen im Jahre 1901: 583 701 £, im Jahre 1902: 603 597 £, im Jahre 1904, im Jahre 1905 und 1906 wieder etwas zugenommen und 1907 auf 627 543 £ zu steigen. In

den beiden folgenden Jahren waren sie höher als die Einnahmen und 1910 nur wenig geringer; sie betragen 1908 auf 1 395 497 £, 1909 auf 1 082 119 £ und 1910 auf 952 734 £. Die außergewöhnlich hohen Ausgaben der drei Jahre 1908 bis 1910 wurden hauptsächlich durch die gesteigerte Finanzanspruchnahme der Unterhaltungsanstalten verursacht, die die Wirtschaftskrisis zur Folge hatte. Auch die Kosten der Arbeitskämpfe waren sehr hoch, besonders wegen der Ausperrung im Schmelz- und des Kampfes der Maschinenbauer an der englischen Nordostküste. Auf das Mittglied berechnet stiegen die durchschnittlichen Jahresausgaben der 15 Gewerkschaften der Metallarbeiter z. von 48% s. im Jahre 1901 auf 67% s. im Jahre 1904, dann gingen sie auf 57% s. im Jahre 1906 zurück und stiegen auf 101% s. im Jahre 1908; 1909 machten sie 80% s. und 1910: 68% s. aus.

Welch enorme Beiträge die Unterhaltungen in den 15 Gewerkschaften im Jahrzehnt 1901 bis 1910 erforderten, zeigt die folgende Tabelle.

Jahr	Ausgaben für				
	Streik- und Ausperr.-unterstützung	Arbeitslosenunterstützung	Kranken- und Unfallunterstützung	Altersunterstützung	Andere Unterhaltungen
a) Beträge in Pfund Sterling					
1901	25 193	132 939	135 897	184 433	62 804
1902	16 575	203 976	145 220	144 772	62 962
1903	17 298	224 985	155 438	155 568	64 156
1904	19 062	303 820	163 939	173 705	70 590
1905	41 086	227 645	167 958	184 084	64 084
1906	59 587	157 187	172 844	192 933	67 498
1907	46 793	199 421	181 361	202 459	70 230
1908	269 983	498 714	191 866	218 208	74 762
1909	21 115	448 609	166 062	231 134	81 782
1910	131 477	213 893	147 432	244 392	74 997
b) Prozent der Gesamtausgaben					
1901	4,8	22,8	23,8	28,0	10,9
1902	2,5	30,5	21,7	21,7	9,4
1903	2,4	31,3	21,7	21,7	9,9
1904	2,3	36,3	19,6	20,8	8,4
1905	5,2	28,6	21,1	23,2	8,1
1906	7,0	20,4	22,5	25,1	8,8
1907	5,7	24,1	21,9	24,5	8,4
1908	19,3	35,4	13,7	15,6	5,4
1909	1,9	41,5	15,3	21,4	7,6
1910	18,8	22,4	15,5	25,7	7,9

Wer diese Zahlen betrachtet und die Verhältnisse nicht kennt, der könnte leicht dazu verleitet werden, den britischen Metallarbeitergewerkschaften den Vorwurf zu machen, daß sie zu viel Gewicht auf das Unterhaltungsweesen und zu wenig Wert auf die Bekämpfung besserer Arbeitsbedingungen legen — denn bei ihnen trat nur ein Fünftel (1909) bis ein Fünftel (1908) der Gesamtausgaben auf Streik- und Ausperrungsunterstützung — im Durchschnitt etwa ein Zwanzigstel —, während der größte Teil der Ausgaben für andere Unterhaltungen verwendet wurde. Doch ist zu bedenken, daß diese Unterhaltungen notwendig waren, da Großbritannien bisher keine Arbeiterversicherung hatte. Das neue Unfallversicherungsgesetz ist erst seit August 1907 in Kraft, ganz neu ist das Altersrentengesetz und die Gewerkschaften- und Arbeitslosenversicherung wird erst im Jahre 1913 wirksam werden. Durch ihre Hilfsanstalten haben die britischen Gewerkschaften seit Jahrzehnten unerschütterliches Geld gesammelt oder gemilbert, denn wenn auch die Kaufkraft der Löhne eine größere war als etwa in Deutschland, so waren doch nur wenige Arbeiter infam, Erbsparnisse für Zeiten der Not zu machen. Die geringen Ausgaben für Streikunterstützung in der ersten Hälfte des vorigen Jahrzehnts sind zum Teil damit zu erklären, daß das bekannte „Zustalt-Urteil“ der Vorbrüder die Gewerkschaften für Streikschäden ersparpflichtig erklärte, was die Führung von Streiks sehr erschwerte. Erst am 21. Dezember 1906 kam die Ergänzung des Trade Union-Gesetzes zustande, das die Gewerkschaften von der stets drohenden Schwebepflicht befreite. Nicht außer acht zu lassen ist ferner, daß in der britischen Metallindustrie das Einigungs- und Schiedswesen sehr ausgebildet ist, wodurch zahllose Streiks vermieden werden, die sonst wegen nicht besonders wichtiger Dinge entständen. Die Ereignisse der letzten paar Jahre beweisen übrigens zu deutlich, daß die britischen Gewerkschaften nicht „im Unterhaltungsweesen verhaspelt“ sind.

Die sehr betrüblichen Zahlen der Altersrentenunterstützung werden nicht bald erleichtert werden können, da der Anspruch auf staatliche Altersrente von 1 bis 5 s. in der Woche erst mit Vollendung des 70. Lebensjahres eintritt, vorausgesetzt, daß alle übrigen Bedingungen erfüllt sind — darunter die, daß der Bewerber die letzten zwanzig Jahre ununterbrochen im Königreich Großbritannien und Irland ansässig gewesen sein muß. Von den Mitgliedern der in die Statistik einbezogenen 15 Gewerkschaften der Metallarbeiter und verwandter Gewerbe bezogen Ende 1910: 11 356 Altersunterstützung, gegen 6449 im Jahre 1901; die Zunahme betrug 4907 oder 76 Prozent. Die Ausgaben für Altersunterstützung stiegen jedoch von 134 433 £ auf 244 392 £ oder um 82 Prozent.

Die Ausgaben der 15 Verbände für Verwaltung, Agitation, Fortbildung z. erlitten eine Steigerung von 92 430 £ im Jahre 1901 auf 147 964 £ im Jahre 1908; 1909 betragen sie 133 227 £ und 1910: 140 543 £. Von den Gesamtausgaben trafen auf Verwaltungskosten, Agitation z. 1901: 15,8 Prozent, 1902: 14,2 Prozent, 1903: 14 Prozent, 1904: 12,6 Prozent, 1905: 13,8 Prozent, 1906: 16,2 Prozent, 1907: 15,4 Prozent, 1908: 10,6 Prozent, 1909: 12,3 Prozent und 1910: 14,7 Prozent. Die Ausgaben für diese Zwecke sind in Großbritannien geringer als in Deutschland, weil in den britischen Gewerkschaften das Bildungswesen der Mitglieder von sehr geringem Umfang ist, weil die Agitation weniger reger betrieben wird und die Kosten von Verwaltungen nicht so hoch sind, und weil die Gewerkschaften viel weniger Lust als bei uns, denn die britischen Gewerkschaften geben — mit wenigen Ausnahmen — nur kleine Monatsblätter heraus. Statistische Erhebungen werden von den britischen Gewerkschaften nur ganz selten durchgeführt.

Da in mehreren Jahren des letzten Jahrzehnts die Einnahmen der 15 Metallarbeitergewerkschaften erheblich hinter den Ausgaben zurückblieben, so resultierte ein Rückgang des gesamten Vermögensstandes von 1 333 493 £ im Jahre 1901 auf 1 155 288 £ im Jahre 1910. Am höchsten war während der zwanzigjährigen Periode der Vermögensrückgang Ende 1907, als er 1 770 256 £ anwuchs. Der auf ein Mitglied entfallende Vermögensrückgang stieg von 114 s. im Jahre 1901 auf 127% s. im Jahre 1903; in den nächsten vier Jahren betrug er 123% s., 123% s., 126% s., 1908 kam er auf 100% s., 1909 auf 84% s. und 1910 83% s. Die Differenz zwischen 1908 und 1910 machte 43% s. pro Mitglied aus.

Bemerkenswert ist auch, daß Ende 1910 nur dem 5 121 529 £ betragenden Vermögen aller 100 in die Statistik einbezogenen Gewerkschaften gegenüber 23 Prozent auf die 15 Metallarbeiterverbände entfielen.

Zur Ausperrung in Hannover, Halle a. S. und Magdeburg.

Die Ausperrung in Magdeburg.

Dazu wird uns geschrieben: Zu den Sitzungen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller haben bisher die Verbände Hannover, Halle und Magdeburg Delegierte entsandt, vor deren Schanzmachereien selbst die Unternehmer delegierten einer Anzahl anderer Bezirke eine gewisse Scheu hatten. Die Verbände dieser drei Orte haben sich denn auch zu einem gemeinsamen Aktionsbezirk gegen die Arbeiter zusammengefunden.

Mit Hilfe von Satzungen, die die Bestimmung über die gegen die Arbeiter vorzunehmenden Maßnahmen, selbst herartig einschneidender wie es die Ausperrung Zehntausender Arbeiter ist — einschneidend auch für die Unternehmer —, in die Hände einer kleinen Zahl legt, herrschen die Schanzmacher, die alle Arbeiterfragen in der streupflossigen Weise behandeln, auch wenn dabei eine Reihe weniger kapitalkräftiger Unternehmer mit unter den Schlitzen kommt. Alle übrigen Unternehmer haben auszuführen, was die Mehrheit des kleinen Ausschusses beschließt. Sie haben nichts zu sagen, die doch sonst ihren Arbeitern gegenüber gern den Herrn im Hause herausreden.

Nur so ist es erklärlich, daß in Hannover noch im Jahre 1912 ein Kampf um die Forberung der 56stündigen Arbeitszeit ausbrechen konnte; nur so wird das Unverständliche erklärlich, daß die Magdeburger Unternehmer, die sich doch sonst immer auf die Konkurrenz berufen, zum Schutz der hannoverschen Industriellen ihre Verleumdungen, obwohl von diesen nichts anderes verlangt wird, als was die Magdeburger schon seit Jahren bewilligt haben.

Wären es wirklich Konkurrenzfragen, die den hannoverschen Unternehmern die ablehnende Haltung diktierten, sie hätten nicht zuletzt auch von ihren Kollegen in Magdeburg den beruhigenden Bescheid erhalten, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf 56% und 56, ja selbst auf 55 Stunden pro Woche keine Verminderung der Produktion bedeutet, sie hätten von anderen Orten mit noch kürzerer Arbeitszeit den gleichen Bescheid erhalten.

Nein, die Herrenmenschen in der Metallindustrie Deutschlands, von denen eine Anzahl in Hannover und Magdeburg sehr einflußreich ist, wollen nicht, daß der Arbeiter mehr freie Zeit bekommt, wollen nicht, daß er sich noch mehr bildet, sich dann nicht mehr als Maschine behandeln läßt, sondern größere wirtschaftliche, größere politische Rechte beansprucht. Die angelegliche Sorge um die Konkurrenz, um die Produktionsverminderung ist ettel Scheuerei. Würden die Arbeiter auch heute noch die freigeordnete Zeit in Schnapsbestillen verbringen, die Unternehmer würden leichter mit sich reden lassen. Deshalb stehen es die Unternehmer wegen bescheidener Forderungen in Hannover zu einem großen Kampf kommen, bei dem sofort wieder, wie so oft in den letzten Jahren, mit der Peitsche der Ausperrung getrotzt wurde, die zuerst von den Verbänden in Halle und Magdeburg, später vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller vorgenommen werden sollte.

Daß diese Drohung auch nur die geringste Beunruhigung in den Reihen der Magdeburger Verbandskollegen ausgelöst hätte, werden selbst die hiesigen Industriellen nicht behaupten wollen. Nicht eine einzige Versammlung ist zur Ausperrung vor ihrem Ausbruch abgehalten worden. Das hiesige Parteiorgan, die D o l l s t i m m e, hat zwar die Androhung geduldschaft registriert, als die von Hannover aus bekannt wurde, sonst aber keine Notiz mehr von der ganzen Geschichte genommen. Erst in der Nummer vom 14. Juni — am 15. Juni sollte die Ausperrung beginnen — fragte sie in freundschaftlicher Weise an, warum denn noch immer keine Bekanntmachung in den Betrieben erfolge, während doch in den Bureaus der Unternehmer siederhafte Aufregung herrsche.

Die Ruhe der Arbeiterzeit war durchaus verständlich. Magdeburgs Metallarbeiter sind zu einem hohen Prozentsatz organisiert. Die gelbe Bewegung hat nur solche Kräfte angezogen, die wegen ihres Alters bei ersten Kämpfen zumeist von der Kampfleitung selbst von der Beteiligung ausgeschlossen werden, im übrigen den Organisationen aber als „sonstige“ Unterstützungsempfänger Lasten auferlegen. Was darüber an Gelben noch vorhanden ist, das sind Leute, auf die kein Verlaß ist, die vielmehr Unruhe in eine Bewegung durch ihre schwankende Haltung bringen, wenn sie mitebeteiligt sind. Das Fehlen dieser Leute gab der diesmaligen Bewegung von vornherein Sicherheit. Jeder Organisierte wußte, daß trotz der Ruhe die Organisation selbstig arbeitete, daß nichts Wichtiges unterblieb. Schließlich mußte sich aber jeder auch nur ein wenig mit den wirtschaftlichen Verhältnissen vertraut machen, daß eine Ausperrung unsere Organisation in Magdeburg nach verschiedenen Richtungen hin stärken, im Unternehmerlager aber den größten Widerspruch hervorrufen würde. Der Mehrzahl der Unternehmer war es unfaßlich, daß sie ausperrten sollten, weil ihre Konkurrenten in Hannover den Arbeitern nicht die Arbeitsbedingungen bewilligen wollten, wie sie in Magdeburg ganz oder doch nahezu ganz seit Jahren bestanden.

Der herrliche Plan, wegen dieser Forderungen in ganz Deutschland, also auch dort, wo die geforderte oder eine noch kürzere Arbeitszeit längst besteht, die Produktion zugunsten der hannoverschen Schanzmacher stillzulegen, ist nicht zur Ausführung gekommen. Wohl aber sind außer in Hannover auch in Magdeburg und Halle Kräfte tätig gewesen, die in ihrem blinden Gaf gegen die Arbeiter die Blamage nicht voraussehen, welche eintreten mußte, falls es zur Ausperrung kam. Und diese Blamage ist gekommen. Sind auch die Forderungen der Arbeiter in Hannover nicht ganz erfüllt worden, die Unternehmer mußten doch angezweifelt der glänzenden Haltung der Arbeiter Schritt für Schritt zurückweichen.

Und in Magdeburg? Das Unternehmerlager hat ein Bild größter Verwirrung. Von den 29 Betrieben, die zum Verbands der Metallindustriellen gehören, haben acht Betriebe überhaupt nicht ausgesperrt, drei Betriebe haben nach einigen Tagen die Ausperrung selbstständig wieder aufgehoben. Von den Resten haben verschiedene Firmen auch nicht annähernd 60 Prozent ausgesperrt, sondern ganz vorzüglich gemogelt. Es ist nicht unbekannt, daß noch einige Firmen selbst Schluß mit der Ausperrung machen wollten, wenn die dritte Woche nicht den Frieden gebracht hätte. Die Schanzmacher ziefen sich, gequiden in ärgerlicher Weise, vom Kampfplatz zurück, den sie betreten haben, um die Arbeiterbewegung wenn nicht zu zerrüttern — diese Hoffnung hat wohl kaum noch der schäme unter ihnen —, so doch um sie zu schwächen, die organisierte Arbeiterzeit für eine Zeit kampfunfähig zu machen.

Bei den Verhandlungen wegen Wiederaufnahme der Arbeit verweigerte jeder Unternehmer, daß er unfähig an der Ausperrung, nur dazu durch die Organisation gezwungen worden sei; hätte er zu bestimmen gehabt, ein solcher Beschluß wäre nicht gefaßt worden.

Die Schäden, die die Geschäftswelt infolge des Kampfes erfuhr, war die Veranlassung, daß von bürgerlicher Seite eine große Versammlung einberufen wurde, zu der auch die Behörden geladen waren. Die Einberufer hatten sich an den Verband der Metallindustriellen und an den Deutschen Metallarbeiter-Verband mit der Bitte gewandt, in dieser Versammlung ihre Stellung zu diesem wirtschaft-

lichen Kampf anzulegen. Der erstere hatte keinen Rechner entfan-

Die am Montag abend im Walthalla-Theater zahlreich ver-

Die Unternehmerorganisation sah sich nach dieser Kundgebung

Besonders erwähnenswert halten wir die Tatsache, daß die Mit-

Jeder ist an seinen Platz zurückgekehrt. Er unterscheidet sich von

Der vorzügliche Geist, der während der ganzen Bewegung die

Zur Aussperrung in Halle a. S.

wird uns geschrieben:
Als anfangs Juni bekannt wurde, daß wegen der Bewegung in

Spaziergänge und Ausflüge mit Weib und Kind in die Umgebung

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Bei-

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8

Der Verwaltungsstelle Urberach 10 3 pro Woche anstatt seither

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Ent-

Ausgeschloffen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Bezirksleitung im 9. Bezirk:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Saalfeld:

Für nicht wiederannahmefähig werden erklärt:

Auf Beschluß des Vorstands:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Pamburg:

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe:

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich

Auf Antrag der Bezirksleitung im 7. Bezirk:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Burgstädt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Danzig:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Leipzig:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mülhausen i. El.:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Freiburg:

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an

den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stutt-

gart, Hörschstraße 16 a, zu adressieren. Geldsendungen adressiert

man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Hörschstraße 16 a; auf

den Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld verein-

zur Beachtung! • Zugang ist fernzuhalten:

- von Dreher, Maschinenarbeitern, Schlossern etc. nach Kalden-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Alt Wasser (Fürstentümer

von Schleifern nach Gocking (Fa. Honsel) D.; nach Werbohl

von Schlossern (Wasserschloßern) nach Chemnitz, St.; nach

von Bau- u. Maschinenbau nach Wismar (Fa. W. Müller) St.;

(Die mit A und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die über-

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen An-

lässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich

Bestimmungen des betreffenden Ortes über die einschlägigen

Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht,

Es gab viele Beteiligte, die sich darauf vorbereiteten, daß bei

Der vorzügliche Geist, der während der ganzen Bewegung die

Als anfangs Juni bekannt wurde, daß wegen der Bewegung in

Die am Montag abend im Walthalla-Theater zahlreich ver-

Die Unternehmerorganisation sah sich nach dieser Kundgebung

Besonders erwähnenswert halten wir die Tatsache, daß die Mit-

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8

Der Verwaltungsstelle Urberach 10 3 pro Woche anstatt seither

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Ent-

Ausgeschloffen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Bezirksleitung im 9. Bezirk:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Saalfeld:

Für nicht wiederannahmefähig werden erklärt:

Auf Beschluß des Vorstands:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Pamburg:

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe:

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich

Auf Antrag der Bezirksleitung im 7. Bezirk:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Burgstädt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Danzig:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Leipzig:

Weier und Schwabli je 6 Jahre Zuchthaus und entsprechende Jahre Ehrverlust, bei Udermann 5 Jahre Gefängnis, bei Blank und Dahlhoff je 4 Jahre Gefängnis, bei Sudschlag 2 Jahre Gefängnis! Das sind zusammen 31 Jahre Zuchthaus und 15 Jahre Gefängnis, zusammen 46 Jahre!

Das Urteil blieb allerdings ganz erheblich viel unter dem Antrag. Schaper erhielt 6 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust, Weier, Schwabli und Jungermann belamen je 3 Jahre Zuchthaus und 4 Jahre Ehrverlust, Udermann erhielt 1 Jahr Gefängnis, Blank und Dahlhoff kamen mit je 9 Monaten Gefängnis weg, Sudschlag erhielt 5 Monate Gefängnis.

Das sind immer noch 15 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Gefängnis, zusammen 18 Jahre für eine Fuzetta! Es wäre gut, wenn durch das Urteil die Frage der Abänderung des Sprengstoffgesetzes wieder neu angeregt würde. Das Gesetz, in einer Zeit flebender Erregung nach dem Niederwaldbattentat entstanden, hat schon viele unachtsame und leichtsinnige Menschen in schmerz Unglück gebracht. Zu seinem eigentlichen Zweck ist es ungeeignet.

Nun kommt auch nach dem Prozeß die „bürgerliche“ Presse mit offenen und versteckten Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie, der die eigentliche Schuld an den Attentaten zugeschoben wird. Der Essener Schröder-Prozeß ist den Leuten, wie es scheint, schon wieder aus dem Gedächtnis verschwunden. Selbst der Staatsanwalt fand die Ursache der Anschläge nur in der großen Erregung der Streikzeit.

Es braucht ja gar nicht besonders betont zu werden, daß die organisierte Arbeiterchaft solche Taten entschieden verurteilt. Ist doch auch oft genug festgestellt worden — wir erinnern an die Namen Haupt, Schröder, Raporra, Fhring-Machow, Wohlgenut und andere der Sorte —, welche Personen Anticresse an solchen Attentaten zeigten. Und auch bei dem Kampf gegen den gefährlichen Junkerfussel steht die Sozialdemokratie obenan, während die bürgerliche Presse oft genug ihre Spalten den verkerrlichten Ergriffen der Alkoholinteressanten öffnet, zur höheren Ehre des Profits!

Ein bedauerlicher Prozeß und seine Fortsetzung.

Der Fall Stalsky ist nunmehr endgültig erledigt. Mit dem Urteil des Schöffengerichts Stuttgart hatte sich Westmeyer nicht zufrieden gegeben, sondern Berufung zum Landgericht eingelegt. Dieses verhandelte darüber am 8. Juli und bestätigte das erstinstanzliche Urteil, indem es sich dessen Entscheidungsgründen anschloß. Wir wollen hier auf die Verhandlung am Landgericht nicht ausführlich eingehen, aber einiges, was zu seiner Verteidigung vorgebracht, müssen wir doch festhalten. Als von dem Anwalt Stalskys bemerkt wurde, dieser sei durch die Bekanntmachung, er habe eine ehelose Handlung begangen, auch in den Verdacht gekommen, selber unterzögen zu haben, antwortete Westmeyer darauf: Das Unterzögen von Geldern werde im Metallarbeiter-Verband gar nicht so schlimm aufgefaßt; der Verband habe ja sogar Formulare, aus denen hervorgehe, daß unterschlagene Gelder in Raten abbezahlt werden können. Gegen diese an Gerichtsstelle vorzulegende Auffassung Westmeyers über die Verwaltungsspraxis unseres Verbandes muß im Interesse der Organisation an dieser Stelle entschieden Verwahrung eingelegt werden. Jedes Mitglied weiß, daß die erwähnten Formulare nur dem Zweck dienen, den Verband vor Verlusten zu schützen, nicht aber die Unterzögen in mißbräuchlicher Weise zu stellen. Dagegen betonte Westmeyer besonders scharf, daß ein Badeschrei in einer geschlossenen Parteiversammlung zweifellos eine ehelose Handlung sei. Es kommt aber bei einer solchen Handlung doch auch auf die Umstände an, unter welchen sie begangen wird. Bei Stalsky ist sie im Affekt erfolgt, nachdem Westmeyer mit ihm die Versammlung in Aufregung gesetzt hatte. Westmeyer aber, der von „fittlicher Entrückung“ über Stalsky nur so triefte, ist in der Redaktion der Schwäbischen Zeitung auf einen Redaktionskollegen, der ihm eine geschäftliche Mitteilung zu machen wollte, zugestiegen und wollte ihn mit Fäusten bearbeiten, was nur durch das rasche Dazwischentreten eines Dritten verhindert wurde. War dieser Attentatsversuch Westmeyers nicht etwa auch eine „ehelose Handlung“ mindestens ebenso wie die des Genossen Stalsky? Das Redaktionszimmer eines Parteiblattes ist doch gewiß ein ebenso „heiliger“ Raum wie ein Versammlungsraum. In einer im Dezember 1911 in Stuttgart abgehaltenen Parteiversammlung hat ein Anhänger Westmeyers aus Unzufriedenheit mit einem Krimgesäß nach einem Genossen geworfen, weil dieser gegen eine Westmeyerische Resolution stimmte! Dieser Werfer mit einem gefährlichen Werkzeug erhielt nicht einmal eine Rüge, sondern brachte nur eine bedauernde Erklärung für seine „ehelose Handlung“ abzugeben.

Da Westmeyer gegen das Urteil des Landgerichts Revision nicht eingelegt hat, ist der Fall Stalsky vor den bürgerlichen Gerichten erledigt. Er ist aber auch vor den Parteinstanzen erledigt! Das ist so gekommen: In Nr. 15 berichteten wir, daß Westmeyer in der Parteiversammlung am 23. März dieses Jahres auch den Beschluß faßte, es bei der Durch den Landesvorstand herbeigeführten Verständigung und bei der Rüge nicht bewenden zu lassen, sondern den Antrag auf Ausschluß Stalskys aus der Partei weiter zu verfolgen. Der Landesvorstand blieb aber bei seiner Ansicht stehen, er lehnte den Ausschlußantrag ab, welchen Beschluß er am 5. Mai dem Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart mitteilte. Am 11. Juni fand eine Parteiversammlung statt, in der der Nichtparteiliche Kadel über die Göppinger Vorgänge referierte. Zur Einleitung dieser Versammlung drückte Westmeyer den Beschluß durch, die Rüge des Landesvorstandes nicht beizutreten, sondern an das Parteischiedsgericht zu appellieren. Nun beachte man aber die beiden fettgedruckten Daten. Nach § 24 des Parteistatuts muß die Berufung gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation innerhalb vier Wochen nach der Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand eingebracht werden. Diese Frist war also am 11. Juni schon weit überschritten! Trotzdem ließ Westmeyer den Beschluß fassen! Er wußte natürlich am 11. Juni sehr wohl, daß die Frist schon verstrichen war; die Angelegenheit muß ja doch vorher auch in der Vorstandssitzung besprochen worden sein! Es bleibt nur eine Erklärung für das Verhalten Westmeyers: er war überzeugt, daß er mit dem Ausschlußantrag gegen Stalsky bei den Parteinstanzen ebenso abhinken würde wie mit seiner Verteidigung bei den bürgerlichen Gerichten, aber er brauchte in der Versammlung zu ihrer würdigen Einleitung wieder eine seiner beliebigen „Sensationen“, um die Versammlungsbesucher in die „Stimmung“ zu versetzen, die seinen Zwecken förderlich war. Das heißt man denn doch ein freies Spiel treiben! Ob darüber nicht endlich manchem bisher Unbedarbenen die Augen aufgehen werden?

Da unser Kollege Stalsky im Verbande einen wichtigen Posten bekleidet, kann es unseren Verbandskollegen nicht gleich sein, wie von Parteigenossen gegen ihn vorgegangen wird und deshalb waren wir genötigt, ihnen eine wahrheitsgemäße Darstellung der Sache zu bringen, womit wir zugleich der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir nicht noch einmal auf den „Fall Stalsky“ einzugehen gezwungen werden.

Sabotage.

Die Scharfmacher und ihre Pressfäulnisse üben unentwegt weiter, daß im vorigen Jahre beim Ausschluß der Maschinen auf der Dortmunder Unton ein Fall von Sabotage vorgekommen sei, der zu einem Betriebsunfall geführt habe, bei dem ein Arbeiter zu Tode gekommen wäre. Die Gerichtsverhandlungen haben zwar trotz gründlichster Untersuchung des Falles nicht den allergeringsten Anhaltspunkt dafür ergeben, daß der Unfall durch Streikende verschuldet

worden ist — das nützt alles nichts, es wird weitergeschwemmt, handelt es sich doch in diesem Falle darum, einer Gewerkschaft etwas anzuhängen. Angehörige dieser Niederträchtigkeit erlauben wir uns, zwei wirkliche Fälle von Sabotage den Scharfmachern und ihren Helfershelfern zur gefälligen Beachtung zu unterbreiten.

Im Jahre 1910 hatte der Elektriker Hermann Tröger sich vor dem Schöffengericht in Geseesmünde zu verantworten, weil er auf der Werk von Seebad einen Motor durch Sineingießen von Salzsäure und Schwefelsäure ruinierte. Dieser Tröger war aber kein Gewerkschaftsmitglied, sondern Mitglied des „Vaterländischen Arbeitervereins“ und beim Werftarbeiterkampf war er Streikbrecher gewesen. Vor Gericht stellte er seine Sabotage-Tat so hin, als sei sie von den organisierten Arbeitern begangen worden, um ihm oder der Werk zu schaden. Einen Zeugen benutzte er dem Gericht als Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, was dieser unter seinem Eide bestritt. Tröger wußte also genau, was notwendig ist, wenn man vor Gericht als liebes Kind erscheinen will. Sein Schwindelgebäude brach aber zusammen, als die Zeugen übereinstimmend erklärten, sie hätten gesehen, daß Tröger sich unnötigerweise am Motor zu schaffen machte. Auch hatte ein Kriminalbeamter in seiner Wohnung Salzsäure und Schwefelsäure gefunden. Daraufhin beantragte der Amtsanwalt zwei Monate Gefängnis; das Gericht ging jedoch noch darüber hinaus und verurteilte Tröger zu drei Monaten Gefängnis. Der Vorsitzende begründete das Urteil damit, daß Tröger durch seine Tat eine niedrige Gefinnung an den Tag gelegt habe. Wahrscheinlich habe er den Motor ruiniert, um den Meister aus seiner Stellung zu bringen und dann selbst diese Stellung zu erlangen. Möglicherweise hätten ihn aber auch noch andere niedrige Motive geleitet.

Nummer zwei!

In München-Grubach wurden jüngst vier Goldschmittmacher der Firma A. Labbach zu 30 M., 30 M., 30 M. und 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie einem Arbeitskollegen Seifenpulver zwischen die zum Weibchen bestimmten Papierspäne geschüttet hatten in der Absicht, diesem Arbeitskollegen die Arbeit zu ruinieren. War das vielleicht keine Sabotage? Leider waren aber auch dies keine Sozialdemokraten, sondern — „Christliche“, und der Urheber des ehrenwerten Streikes, ein gewisser Benmanns, war früher Vorkämpfer des „Christlichen“ Graphischen Verbandes. Dagegen war der Arbeiter, gegen den sich die Schandtat richtete, ein freierorganisierter.

Also anstatt des einen erlogenen Falles von Sabotage hier zwei wirkliche, die den Scharfmachern allerdings wenig in den Kram passen werden.

Aus den Unternehmerverbänden.

Verband deutscher Klempner- und Installateur-Vereine. Dieser Verband hielt in Bremen vom 15. bis zum 19. Juni seinen 13. ordentlichen Verbandstag ab. Außer der bei Jubiläumlichkeiten von Unternehmern, Scharfmachern, Gelben oder „Christlichen“ nun einmal unvermeidlichen Coterie von „Ehrendämonen“ waren 130 Delegierte anwesend. Das Verbandsvermögen ist auf 15 000 M. „angewachsen“. Von der Bremer Innung war folgender Antrag gestellt worden:

„Besprechung über erforderliche Maßnahmen zur Durchführung gefasster Beschlüsse der Schutzgemeinschaft zur Streikabwehr.“

Ist dem Verfasser dieses schönen Antrages ein unfehlbarer Witz passiert oder hat er mit den Ausdrücken „erforderliche Maßnahmen“ und „gefaste Beschlüsse“ sagen wollen, daß gelegentlich auch nicht erforderliche Maßnahmen besprochen und nicht gefaste Beschlüsse durchgeführt werden? Fast könnte es so scheinen. Begründer des Antrages war Hartmann (Bremen). Nach seinen Ausführungen kam es dem Antragsteller weniger auf finanzielle Unterstützung als auf „weltgehenden moralischen Schutz“ an. Verbands-Geschäftsführer Wagner (Leipzig) prüfte den Deutschen Industriezweckverband in Dresden (siehe vorige Nummer der M.Zg., Seite 234). Weiter empfahl der Redner eine „einheitliche Ausgestaltung“ der Arbeitsnachweise und „einheitliche“ Tarife, ein Ziel, das der Verband am 1. April 1913 zu verwirklichen hofft. Nach längerer Diskussion erklärte der Verbandstag sich mit den in dieser Angelegenheit getroffenen Maßnahmen des Vorstandes einverstanden.

Die von dem Vorstandsmitglied Hoffmannmeister Bötter geführten Stuttgarter Delegierten traten eifrig für die Gründung einer eigenen Berufsgenossenschaft ein, wobei Herr Bötter besonders in der Sämiede-Berufsgenossenschaft ein nachahmenswertes Beispiel erblühte. (Die ungünstigen Erfolge, die gerade diese Berufsgenossenschaft machen mußte, hat Herr Bötter demnach gänzlich übersehen.) Es wurde den Stuttgarter Herren indessen gesagt, daß das Reichsversicherungsamt auf Grund seiner Erfahrungen dem Bundesrat schwerlich die Genehmigung empfehlen werde, daß es den Klempnermeistern ebenso ergehen werde, wie den Schloßermeistern, die sich in dieser Sache schon jedes Jahre vergebens bemüht hätten, ebenso wie die Dachbedeckmeister, die nach jahrelangen Bemühungen von dem Plan abgekommen seien. Ohne Zweifel war der von Herrn Hartmann (Königsberg) gegebene Rat richtiger, daß die Klempner- und Installateur-Meister sich mehr an den Vertreterwahlen für die Berufsgenossenschaften beteiligen und dabei für eine eigene Vertretung sorgen sollten. Der Antrag der Stuttgarter Innung wurde denn auch abgelehnt. Der geschäftsführende Ausschuß wurde jedoch beauftragt, die Vorarbeiten für eine entsprechende Vertretung bei den in Betracht kommenden Berufs-genossenschaften zu unternehmen.

Die Konkurrenz der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke (ausführlicheres darüber siehe in dem Bericht vom Verbandstag des Verbandes selbständiger deutscher Installateure, Klempner und Kupferfächler in der vorigen Nummer Seite 234) ist diesem Innungsverbande natürlich ebenfalls ein Lorn im Auge. Geschäftsführer Wagner teilte den Vorkaut einer Eingabe mit, die in dieser Sache an etwa 1700 Gemeinden versandt werden soll. Die Eingabe wurde gutgeheißen.

Welcher „Segen“ aus der Sündflutwirtschaft erblühen kann, zeigte sich bei der Beratung über den folgenden Antrag: „Der Verband wolle beim Reichs- Syndikat vorstellig werden und dieses veranlassen, Auffklärung darüber zu geben, weshalb die Qualität des Materials nicht mehr die gleiche ist als in früheren Jahren; welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um die frühere gute Qualität wieder zu erhalten.“

Der Antrag wurde von Bremen vertreten, wo man mit dem in Norddeutschland für Wasserleitungen verwandten Elektro in den letzten Jahren besonders schlimme Erfahrungen gemacht hat. Die Rohre würden in kurzer Zeit von unten heraus zerbröckeln; auch stehen sie sich nicht so gut bearbeiten wie früher. Delegierte aus anderen Orten wußten über die gleichen Erfahrungen zu berichten. Walfmann (Bremen) führte aus, die Rohre würden offenbar jetzt nicht mehr aus dem guten Material hergestellt, das früher gebraucht wurde. Wenn das Material rasch verderbe, machten die Kunden die Meister verantwortlich. Man müsse deshalb vom Syndikat mit aller Entschiedenheit verlangen, daß es gute Ware liefere. Es sei bedauerlich, daß man jetzt vom Syndikat, statt von den einzelnen Fabrikanten beziehen müsse, so daß man jetzt nicht den Lieferanten wechseln könne, wenn der bisherige nicht mehr die alte Qualität beschaffe. — Es wurde wiederholt auf die neuen sogenannten Hobelrohre hingewiesen, die einer guten Ersatz der Elektro bieten sollen. Der Bremer Antrag wurde einstimmig angenommen, desgleichen ein Antrag vom Verband der Glasfänger, Spenglermeister und Installateure Siedendruckausbau, mit den namhaften Holzwerkern ein Verbands-Normal-Gasrohr zu vereinbaren, das beste Beschaffenheit mit Preiswürdigkeit verbindet.

Von den Innungsweltlern im Klempner- und Dachbedeckgewerbe wird ferner seit einigen Jahren sturmgefahren gegen die sogenannten Dach- und Wasserfächer-Reparaturgesellschaften, die sich in verschiedenen Großstädten aufbauen haben und betonen

die Hausbesitzer für ein Jahresabonnement sämtliche Reparaturen gemacht erhalten. Gegen diese Gesellschaften wird unter anderem die Beschuldigung erhoben, daß sie die zu versichernden Häuser zunächst einer gründlichen Besichtigung unterwerfen und die Aufnahme in die Versicherung von der Bedingung abhängig machen, daß eine Anzahl angeleglicher vorgeladener Schäden zuvor repariert werden. Diese Reparaturen werden dann nach den Gesellschaften ausgeführt und dadurch soll die Gefahr einer Ueberbeteiligung der Hausbesitzer entstehen. Auch auf diesem Verbandstag wurde darüber diskutiert. Bei dieser Gelegenheit führte Bötter (Stuttgart) unter anderem aus, daß die Gesellschaften durch ihre Praktiken und ihre Arbeit sich selbst richteten und die Hausbesitzer sehr bald zu der Ueberzeugung kämen, daß sie beim Klempner von Fall zu Fall besser bedient würden. Die Stuttgarter Innung habe sich die Befähigung der dortigen Gesellschaft viel Geld kosten lassen, damit jedoch teilweise nur die Geschäfte der Gesellschaft besorgt. Andere Delegierte nahmen die Sache weniger leicht und aus Breslau lag ein Antrag auf Gründung einer Konkurrenz-Gesellschaft vor. Dieser Antrag wurde abgelehnt, der Vorstand jedoch beauftragt, die Angelegenheit dauernd zu kontrollieren, um so den betroffenen Innungen jederzeit mit Ratsschlüssen dienen zu können. (Selbstverständlich können diese Gesellschaften auch der Arbeiterchaft nicht gleichgültig bleiben. Diese hat ihr Augenmerk jedoch nur darauf zu richten, ob durch die Gesellschaften eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen herbeigeführt wird.)

Weitere Handwerksmeisterkammern kamen beim Punkt 10 der Tagesordnung zur Sprache. Dieser lautete: „Bericht des Verbandsvorstandes über die zur Regelung des Verhältnisses zwischen den Mitgliedern und den Lieferanten unternommenen Schritte.“

Was zu diesen Bestrebungen zu sagen ist, haben wir ebenfalls schon in der vorigen Nummer (Seite 234) gesagt, so daß wir es nicht zu wiederholen brauchen. Der Geschäftsführer berichtete, daß der Vorstand gemäß dem Verbandsratsbeschlusse vom Jahre 1910 versucht habe, mit den Lieferanten eine Einigung zu erzielen. Der Großhändlerverband habe irdliche Bestätigung vorgeschlagen; diese habe jedoch infolge des ablehnenden Verhaltens der Lieferanten keinen Erfolg gehabt. Es solle jedoch an die in Betracht kommenden Firmen aufs neue herangetreten werden.

Platz (Hannover, Mitglied des preussischen Herrenhauses) berichtete von einer im Jahre 1915 geplanten Ausstellung, der man den schauerlich schön zusammengelassenen Namen „Das deutsche Handwerk Dresden 1915“ gegeben hat. (Warum nicht einfacher und richtiger: „Deutsche Handwerks-Ausstellung“?) Vom Vorstand wurde noch mitgeteilt, daß beschlossen worden sei, von den Regierungen der Bundesstaaten Beihilfen zum Besuch und auch zur Beschäftigung der Ausstellung für Innungen zu erbitten; weiter solle auch an die Stadterhaltungen wegen Gewährung von derartigen Subventionen und Ehrengaben herangetreten werden.

Der frühere Verbandsvorsitzende, bestehend aus: Wilhelm, Werner, Schüb, Wansjura (Leipzig), Mula (Berlin) und Bötter (Stuttgart) wurde wiedergebührt. Lorenz (Stuttgart, Mitglied der ersten württembergischen Kammer) soll kooptiert (vom Vorstand freiwillig hinzugeführt) werden. Als „weitere Vorstandsmitglieder“ wurden gewählt: Aspenleiter (Mannheim), Bartisch (Königsberg), Knoche (Kiel), Dange (Dresden), Drell (Münster), Platz (Hannover), Schöneberg (Witten), Schön (Breslau), Walfmann (Bremen), Wunder (Mannheim), Wild (Magdeburg), Wörner (München).

Der Verband selbständiger deutscher Installateure, Klempner und Kupferfächler angestrebte gemeinsame Vor gehen (siehe vorige Nummer, Seite 234) wurde aufgegeben. Es sollen 1913 ein allgemeiner deutscher Installateur- und Klempnertag und ein außerordentlicher Verbandstag abgehalten werden. Der nächste ordentliche Verbandstag soll 1915 stattfinden.

Die Gelben, die Hoffnung der Scharfmacher.

Die „Gelbsucht“ grassiert zurzeit unter dem deutschen Unternehmertum, und im nationalen Blätterwald jagt ein Artikel den anderen. In diesen werden die gelben Arbeitervereine beweihräuchert und in den Himmel gehoben. Die bisher so lieben „Christlichen“ Gewerkschaften sind nun abgehalftert. Die Tägliche Rundschau, das Organ für nationale Politik, gibt den Christlichen in der Nummer vom 10. Juli einen herben Fusttritt. Der Artikel lautet:

„Die Haltung der Christlichen zur Sozialdemokratie ist, was in sie dieser auch den letzten Verarbeiterstreik in Scherben schlagen, stets von derselben Unzuverlässigkeit und Zweideutigkeit gewesen, wie die Zentrumspolitik überhaupt. Die Wirtschaftspolitischen haben daher in Essen klar zum Ausdruck gebracht, daß sie die nationale Frage nicht deshalb entfallen und der roten Internationale nicht zu dem Zweck überlassen wollten, um nun unter das Kommando der schwärzenen Internationalen zu gelangen, unter das Plus X. die Christlichen über kurz oder lang doch getrieben haben wird. Für diese bedeutet deshalb das Emporblühen der nationalen Bewegung im gegenwärtigen Augenblick eine eminente Gefahr — oder aber den Zwang, dem Nationalen Einspruch die Tür zu weisen, um ihre ewangelischen Mitglieder bei der Stange zu halten. Sie werden sich diesem Zwange schwerlich fügen; eine Garantie mehr für das weitere Erstarken der Gelben“ und auch eine Bittschrift dafür, daß die anderen nationalen oder unabhängigen Arbeiterverbände nach links wie nach rechts endlich zur kraftvolleren Betonung ihrer positiven, vaterländischen Tendenz sich emporsprengen.“

Dafür setzt das Blatt alle Hoffnung auf die gelbe Gesellschaft. Es schreibt:

„Es sind das alles gewiß erst Anfänge einer von rot und schwarz unabhängigen Arbeiterbewegung; aber sie sind, wenn der Schein nicht trügt, verheißungsvoll genug, um einer staatsfeindlichen Sozialpolitik den weiteren Weg zu weisen.“

In der Sache liegt System. Noch vor zwei Jahren schrieb das nationalpolitische Reich über die Gelben:

„Diese gelbe Bewegung stagniert trotz der reichlichen Zuschüsse, die die Großindustriellen dafür ausgeben. Gegen die Sozialdemokratie nützt sie rein gar nichts, derweilen eine solche charakterlose Bewegung keine Personen erzieht, sondern Mammonsseelen, die dahin laufen, wo ihnen der meiste materielle Vorteil winkt.“

Seute arbeitet das Unternehmertum mit Hochdruck Hand in Hand mit diesen „Mammonsseelen“, die der Sturmbox gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften werden sollen. Das ist auch aus dem Artikel der Täglichen Rundschau ersichtlich. Das Blatt drückt eine Aufforderung der organisierten Gewerkschaften vom Jahre 1910 aus dem Reichsarbeitsblatt ab, die aber trotzdem längst überholt, also unzuverlässig ist. Trotzdem ruft das Organ für nationale Politik triumphierend aus: „Absolut wie relativ bieten diese Zahlen wichtige Aufschlüsse. Absolut zeigt die Tabelle, daß die Gesamtzahl aller nichtsozialdemokratischen Arbeitervereine der Mittelberzähl der roten (reinen) Gewerkschaften bereits gleich ist. Es stehen sich 50,9 und 49,1 vom Hundert gegenüber. In relativer Hinsicht ist bedeutsam, daß die Gesamtzahl der deutschen Arbeiterchaft 10,7 Millionen Köpfe beträgt (Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907), daß also von allen deutschen Arbeitern überhaupt organisiert nur etwa ein Drittel (3,5 Millionen), und daß von diesem organisierten Drittel wieder nur die Hälfte, von allen deutschen Arbeitern also nur ein Sechstel, sozialdemokratisch organisiert ist. Zwei Drittel der Gesamtzahl unserer Handarbeiter, die reichlich nicht alle für die Organisation in Betracht kommen, stehen hiernach noch drücken und harren des Werbers!“

Also diese Waffen müssen gewonnen werden! Welche Rüge sich übrigen die Unternehmer geben, entsprechend dem Beschluß der Metallindustriellen gelbe Organisationen zu züchten, geht auch aus folgendem Schreiben hervor, das vom Stk der Gelben an die Fabrikanten verfaßt wurde:

Der Werkverein.

Organ für die wirtschaftsrechtliche, nationale Arbeiterbewegung. Geschäftsstelle: Essen-Ruhr, Altenborfer Straße 59.

Das Blatt ist Eigentum der Bewegung, der auch alle Ueberschüsse zugute kommen.

Essen a. R., 25. Juni 1912.

Herrn ... Mettenberg.

Wir beehren uns, Ihnen in der Anlage Abrechnungsrechnung für das Vierteljahr Juli-September zu überreichen mit der höchsten Bitte, uns für den Betrag freundlich zu erkennen.

Durch die große Verbreitung unserer Zeitung (6000 Abonnenten) sind wir in der Lage, den Kampf gegen die Streikgewerkschaften auf freier Grundlage mit großem Erfolg zu führen.

Damit es uns möglich ist, wie bisher weiter zu arbeiten, möchten wir Sie freundlich bitten, uns in gleicher Weise, wie dies von Seiten fast aller übrigen Arbeitgeber geschehen ist, auch fernere in unseren Bestrebungen beizustehen und unsere Zeitung den Arbeitern Ihres Werkes zunächst für ein Vierteljahr zugehen zu lassen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse und der gesunde Sinn der deutschen Arbeiterklasse werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen lassen; denn die heuchlerische Freundschaft des Unternehmertums und das widerliche Gebaren der Führer der gelben Arbeitervereine, wie solches auch aus obigem Beteiligungsbrief hervorgeht, muß jeden denkenden Arbeiter mit Abscheu von der gelben Arbeiterbewegung fernhalten.

Vom Ausland.

Osterreich.

St. Pölten (Niederösterreich). Die Sektion des Unternehmerverbandes hat einen Kampf provoziert, sie droht mit einer Aussperung. Dabei tut sich besonders die Firma Voith hervor, bei der erst kürzlich wegen Entlassung eines Dreiers Differenzen ausgebrochen waren, wobei sie aber den Rückzug antrat. Es handelt sich um folgendes:

Die Gießerei und Metallarbeiter in der Weichselgießerei der Firma Schießl (vormals Leopold Gasser) in St. Pölten, der Firma M. Hanns Söhne (Fritz Spohn) in Rainfeld a. d. Gyllen und der Firma Hans Raichl in Rohrbach a. d. Gyllen sind am 13. Juli 1912 in den Streik getreten. Die Metallarbeiter der Firma M. Schmidt & Söhne in Gbllasbrud bei Wihelmsburg stehen seit 8. Juni im Streik. Die Unternehmer drohen nun deswegen mit einer Aussperung im Gebiet von St. Pölten. Die Gießereiarbeiter bei der Firma M. Schmidt wurden am 15. Juli 1912 ausgesperrt. Ferner sind folgende Betriebe gesperrt: Ernst Meuser, Sägenfabrik 'Aulian' in Sprakern bei St. Pölten; Gebrüder Wüller in Wils a. d. Donau; Wilhelm Grundmann in Rohrbach a. d. Gyllen (Schloßfabrik); Eduard Sturm, Metallwarenfabrik in Raasdorf a. d. Weichsel; Zugzug von allen diesen Betrieben und Orten ist strengstens fernzuhalten!

Schweden.

In der Maschinenfabrik Thule (Maskinfabrikaktiebolaget Thule) zu Kolms bestand ein Vertrag, der am 1. Januar dieses Jahres abläuft. In der Fabrik wurde der Verdienst nach einem besonderen Bräutigam berechnet, dessen Änderung die Arbeiter wünschten. Nachdem verschiedene Verhandlungen darüber erfolglos geblieben waren, traten die Arbeiter in der letzten Hälfte des Juni in den Streik. Es sind 20 Mitglieder des Schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes daran beteiligt. Zugzug ist fernzuhalten!

Literarisches.

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wurde man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

In freier Stunde. Diese beliebige Wochenschrift, eine der erfolgreichsten Kampferinnen der Schindliteratur, begann jenseits einen neuen Jahrgang mit dem sehr interessanten Roman 'Fischer von Walter Scott'. Der Roman spielt um die Zeit, da der englische König Richard I. nach seinem Kreuzzug gegen Sultan Saladin gefangen genommen und an den deutschen Kaiser ausgeliefert worden war, um schließlich nach England zurückzuführen. Hier regierte inoffiziell als Stellvertreter sein Bruder Johann 'ohne Land', der mit dessen die Herrschaft für immer an sich zu ziehen bestrebt war - ein Unternehmen, das am Ende scheiterte, aber dem Lande unheilvolle Schäden brachte. Auch die Beziehungen zwischen den normannischen Eroberern Englands und den eingeborenen Engländern, die seit der Eroberung in beiden Lagern fortbestanden, fließen in bester Zusammenfassung auf. Danach, der Titel des Romans, ist der Sohn Heinrichs des Dritten, eines kühnen, eigenartigen Verräters der früheren Zustände, der weder durch Drohungen noch auf andere Weise zu bewegen ist, die fremden Eroberer auszulöschen und dadurch in Konflikt gerät. Scott zeigt ferner das Leben des Mannes zu damaliger Zeit mit seinem Umgang mit Mönchen und Tempelrittern. Eine wichtige Rolle spielen in dem Roman auch ein alter Jude nebst dessen Tochter. Es wird den Lesern nicht nur eine interessante Erzählung geboten, sondern auch ein lebendiges Kulturgemälde. Nicht minder Anspruch auf Beachtung hat der zweite größere Roman, dessen Abdruck beginnt: Das Weibchen, ein Roman aus der Feder von Clara Viebig. Dieser Roman spielt um die neueste Zeit, wo Landarbeiter gezwungen sind, weit fort in die Gebirge zu gehen und ihre Heimat darum fast auf längere Zeit verlassen müssen, was natürlich dazu führt, daß in dem von den Männern verlassenen Dorfe eigenartige Zustände herrschen, die die Verfassungen selbst zu spüren beginnt.

In freier Stunde. Diese Wochenschrift, eine der erfolgreichsten Kampferinnen der Schindliteratur, begann jenseits einen neuen Jahrgang mit dem sehr interessanten Roman 'Fischer von Walter Scott'.

In freier Stunde. Diese Wochenschrift, eine der erfolgreichsten Kampferinnen der Schindliteratur, begann jenseits einen neuen Jahrgang mit dem sehr interessanten Roman 'Fischer von Walter Scott'.

In freier Stunde. Diese Wochenschrift, eine der erfolgreichsten Kampferinnen der Schindliteratur, begann jenseits einen neuen Jahrgang mit dem sehr interessanten Roman 'Fischer von Walter Scott'.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands. Jahresbericht des Vorstandes für 1911 (1. Januar bis 31. Dezember). Hamburg 1912, Verlag von H. Tobler, Hamburg 25. 262 Seiten.

Das erste deutsche Dichterblatt fürs Volk. Ein seltenes Beispiel dafür, daß die deutschen Dichter und Dichterin, die sonst in allerlei Richtungen getrennt marschieren, auch einmal alle einmütig zusammengehen können, wenn es eine edle gemeinliche Aufgabe gilt, hat die von Georg Meißner in München herausgegebene Zeitschrift 'Das erste deutsche Dichterblatt fürs Volk' erreicht. Ihr ist es gelungen, die Dichter unserer Zeit aus allen Lagern zu gewinnen, um in diesem Wochenblatt vereinigt für alle Kreise des deutschen Volkes edle Dichtertätigkeit zu liefern. Bekanntlich bringt die Zeitschrift durchweg Originalproben als Lesestoff und vermeidet das Surrogat, die zurechtgeschriebenen Aufsätze. Sie will dadurch zweierlei betonen: einmal, daß sie neben dem Gebildeten auch den einfachsten Leser als voll nimmt und daß gerade das Eigenartige auch für ihn recht ist; zum andern, daß in den Originalbeiträgen mehr Segen für Kopf und Herz steht, als sich durch Erörterungen darüber sagen läßt. Zugleich bildet die Zeitschrift auf diese Weise eine direkte Brücke zwischen Dichtern und Lesern, auch zwischen Verlag und Buchhandel und Volk und hilft die guten Autoren populärer zu machen. Für diese Aufgabe haben die besten Autoren sich zur Verfügung gestellt. Darum finden wir in der Zeitschrift Hauptmann, Karl Hauptmann, Edgar Jäglein, Friedrich Dönhart, Wilhelm Schmidtborn, Herbert Eulenberg und alle die anderen. Bedenkt man noch, daß das Blatt jährlich nur 6 M. kostet mit zwei Prämienbüchern im Werte von 3 M., dann kommt das wöchentlich erscheinende Jahrbuch reichhaltigste Heft nicht einmal auf 10 M. Die neue Nummer des zweiten Halbjahres, die uns vorliegt, bringt eine feinsinnige humoristische Erzählung der schwedischen Dichterin Auguste Supper, Soziale Lyrik von Kurt Arnold Finkenbein, von Sven Gebin einen Beitrag: Andreas Fahrt im Luftballon zum Nordpol, Humoresken von Fritz v. Briesen und anderen. Probenummern versendet die Geschäftsstelle: Stuttgart, Ludwigstraße 26.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29 Hamburg).

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassa im Juni 1912.

Table with columns for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'. Lists various locations and amounts, such as 'Von Aachen 150 M.', 'Aachen 150 M.', 'Aachen 150 M.', etc.

Table with columns for 'Ausgaben'. Lists various locations and amounts, such as 'Nach Albershof 150 M.', 'Albershof 150 M.', 'Albershof 150 M.', etc.

Table with columns for 'Einnahmen', 'Ausgaben', 'Mehreinnahmen', 'Raffensbestand am 1. Juni 1912', 'Raffensbestand am 30. 1912'. Values include 60202,84 M., 27897,82 M., etc.

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten Beiträge sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29), Hamburg 1, Besenbinderhof 70, zu richten.

Bei jeder Geldsendung an die Hauptkasse ist stets auf dem Coupon der Anweisung anzugeben, ob der Beitrag für die Krankenkasse oder für die Sterbekasse bestimmt ist, und wenn für beide Kassen, dann wieviel für jede.

Mit Gruß

C. Duttenhoff, Hauptkassierer.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert.) Samstag, 27. Juli: Weh. Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr. Zufflingen. Gewerkschaftshaus, 1/9.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Armen-Gesellschaft. (Vertretungsleute der Klempner.) Donnerstag, 1. August, abends halb 9 Uhr, im Volkshaus, Eberfeld. Armen-Gesellschaft. (Vertretungsleute der Schleifer.) Samstag, 3. Aug., abends 8 Uhr, im Volkshaus, Eberfeld.

Gestorben.

Bremersleben. Karl Wawel, 27 Jahre, erkrankt. Heinrich Guther, Dreher, 18 Jahre, erkrankt. Konrad Baje, Hilfsarbeiter, 18 Jahre, erkrankt. Paul Schwennecke, Hobler, 21 J., erkrankt (86).

Privat-Anzeigen.

Wichtige Goldschmiederei gesucht für dauernd bei guter Bezahlung und guter Behandlung. Karl Konrad, Goldschmied, Leipziger Str. 27. Jüngerer Stutzer für Metallarbeiten in dauernder Stellung gesucht. Lorenz Epster, Metzger, Holzmarktstr. 6. Gesucht Metallarbeiter geübter Arbeiter in Eisenarbeiten von Erfindungen für Maschinenbau der Metallindustrie gewandert und selbstständig tätig ist. Schriftliche Angebote sind zu richten an J. Bett & Comp., Berlin SW. 49, Friedrichstr. 235.

Selbst. Monteur für Holzbearbeitungs-Maschinen

für Reparatur, Montage und Betriebung für dauernd sofort nach Süddeutschland gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen sind unter H. M. 1947 an den Verlag d. Bl. zu richten. [1947] Für Südamerika (Buenos Aires) wird ein Metzger gesucht, welcher befähigt ist, eine Glasform vom Anfang bis zum Ende herzustellen. Angebote sind unter E. 30 an die Expedition d. Blattes zu richten. [1947]

Druck und Verlag von Alexander Schöck & Co., Buchdrucker und Verlag, Stuttgart, Rottstraße 16 B.